

TREND

MAGAZIN FÜR SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT

177

46. JAHRGANG

178

Ausgaben 1/2 2024

Schuldenbremse: Der Staat muss sparen

AUSSENANSICHT

**Wirtschaftskrise
gefährdet Demokratie**

Dr. Florian Kain

BÜROKRATIEABBAU

Reformstau überwinden

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

AGRARWIRTSCHAFT

**Landwirtschaftspolitik
zukunftsfähig gestalten**

Michaela Kaniber

IT und Digitalisierung aus Deutschland für die Welt.

SOUVERÄN

Unsere Rechenzentren stehen ausschließlich in Deutschland und Österreich und unterliegen damit den strengen Vorschriften der europäischen Datenschutzgrundverordnung. Mit starken Wurzeln in Baden-Württemberg liefern wir sichere und souveräne IT-Services nach Deutschland, Europa und in die ganze Welt.

LEISTUNGSSTARK

Mit der Power von 7.500 IT- und Digital-experten gestalten wir bereits seit Jahren die Digitalisierung in den Unternehmen der Schwarz Gruppe. Unsere Lösungen bringen Europas größten Händler in die digitale Zukunft. Mit vier eigenen Rechenzentren und 1.250 IT- und Digitallösungen sind wir selbst unser kritischster Kunde.

VERLÄSSLICH

Wir entwickeln Lösungen zuerst für uns selbst und bieten diese nach erfolgreicher Umsetzung auch Unternehmen am externen Markt an. Das bedeutet, dass wir ihre Bedürfnisse genau verstehen und immer aktuell maßgeschneiderte Lösungen bieten – rund um Cybersicherheit, Cloud, KI und sichere Kommunikation.



Foto: Neill Killius

Astrid Hamker

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Hebe die Augen und Freunde des Wirtschaftswachstums,

Europa hat gewählt, das neue Parlament und die neue Kommission müssen einen Neustart wagen. Die Europäische Union kann ihre globale Rolle nur dann ausfüllen, wenn sie wirtschaftlich wesentlich stärker und technologisch innovativer wird. Weder unsere Freunde jenseits des Atlantiks noch die Despoten weltweit werden Botschaften aus Brüssel oder anderen Hautstädten beindrucken, die ökonomische Stagnation, sicherheitspolitische Schwäche und Uneinigkeit repräsentieren.

„Vom ursprünglichen Versprechen ‚One-in-one-out‘ für Bürokratievorschriften hat sich Brüssel meilenweit entfernt.“

Die letzte Wahlperiode des Europäischen Parlaments und die scheidende Kommission haben wichtige Weichen falsch gestellt und wesentliche Aufgaben nicht abgearbeitet. So sind wir mit unseren Partnern in der Handelspolitik nicht vorangekommen, weil Europa lieber andere sozial- und umweltpolitisch belehrt, als auf Augenhöhe kooperiert. Gegenüber Südamerikanern und Afrikanern agiert China offenkundig geschickter, sichert sich so unverzichtbare Rohstoffvorkommen und wirbt Infrastrukturaufträge ein.

Die weniger entwickelten Staaten der Südhalbkugel wurden außerdem mit der Lieferketten-Richtlinie unter einen Generalverdacht gestellt. Und unsere Betriebe müssen zusätzliche Bürokratie schultern mit Beschäftig-

ten, die währenddessen keine wertschöpfende Arbeit leisten können. Die Mittelstandsklausel dabei ist reine Augenwischerei, denn ein kleines Unternehmen, das einen Konzern beliefert, muss selbstverständlich für den Auftrag auch die gleichen Formulare zu ihren Zulieferern ausfüllen. Vom ursprünglichen Versprechen „One-in-one-out“ für Bürokratievorschriften hat sich Brüssel meilenweit entfernt. Wir brauchen deshalb bis 2029 in Europa ein Bürokratie-Moratorium.

Europa kann seine Wachstumskräfte nur mit Innovationen und Zukunftsforschung entfalten. Technologieverbote und -ausstiege wie das übereilte Verbrenner-Aus oder der deutsche Sonderweg bei der Kernenergie sind jedenfalls der falsche Weg. Im Falle der Antriebstechnologie ist der europäische Alleingang für das Weltklima zu vernachlässigen, zerstört hierzulande aber wichtige Kernkompetenzen. Die nächste Kommission wird den Green Deal nachjustieren und sowohl Versorgungssicherheit als auch wirtschaftliches Wachstum gewährleisten müssen.

Wir als Wirtschaftsrat sind für Europa und mit unserer Brüsseler Geschäftsstelle stark und kompetent aufgestellt. So bringen wir Ihre unternehmerische Expertise nach Brüssel. Geben Sie uns gerne Ihre sachkundigen Hinweise.

Hilfsweise
Ihre Astrid Hamker

Inhalt



Foto: Jens Schlicke

6, 8 DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT

Wirtschaftskrise gefährdet die Demokratie

Der Rückhalt in der Bevölkerung für die Ampelkoalition sinkt beständig. Die wirtschaftliche Krise durch hohe Energiepreise und steigende Sozialabgaben gilt als hausgemacht. Weil die Bundesregierung nicht gegensteuert, gerät die Demokratie ins Wanken.

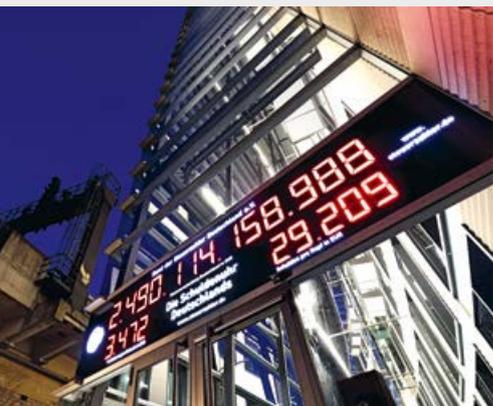


Foto: Jens Schlicke

10 SCHULDENBREMSE

Der Staat muss sparen

Die Staatsfinanzen Deutschlands geraten aus dem Ruder. Öffentliche Haushalte und Sozialkassen geben zu viel Geld aus und geraten durch die Wirtschaftskrise zusätzlich unter Druck. Neue Schulden und eine Lockerung der Schuldenbremse sind keine Lösung. Der Staat hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Insbesondere bei den Sozialausgaben könnten Milliarden eingespart werden, um Spielräume für wachstumsfördernde Reformen zu schaffen.

START

EDITORIAL

3 ▶ Astrid Hamker

AUSSENANSICHT

6 Wirtschaftskrise gefährdet die Demokratie
▶ Dr. Florian Kain

TITEL

SCHULDENBREMSE

10 Der Staat muss sparen
▶ Peter Hahne

AKTUELL

DEMOKRATIE UND WIRTSCHAFT

8 Wandel aktiv gestalten und die Menschen mitnehmen
▶ Michael Kretschmer

BÜROKRATIEABBAU

18 Reformstau überwinden
▶ Dr. Gisela Meister-Scheufelen

TREND-GRAFIK

22 Die Energiewende treibt die Deindustrialisierung

ENERGIE- UND UMWELTPOLITIK

24 Klimaplan gibt Wachstumsschub
▶ Wopke Hoekstra

25 Verlässliche Partnerschaft

▶ Laila Stenseng

26 Attraktive Rahmenbedingungen gefragt

▶ Dr. Christian Bruch

27 Die Politik muss jetzt handeln!

▶ Hubert Aiwanger MdL

INTERVIEW

28 Warum Deutschland Hochtechnologiestandort der Kerntechnik bleiben muss

▶ Dr. Jörg Harren

30 Energiewende dringend meistern

▶ Prof. Dr. Veronika Grimm

31 Vorreiterrolle einnehmen
▶ Mario Brandenburg

32 „Wir müssen endlich strategisch denken“
▶ Günther H. Oettinger

33 Ambition und Leistung führen zum Erfolg
▶ Axel Hellmann

AGRARWIRTSCHAFT

34 Bayern ohne Bauern – nicht vorstellbar
▶ Michaela Kaniber

36 Gleiche Standards
▶ Andreas Rode

38 Vertrauen schaffen, Zukunft gestalten
▶ Joachim Rukwied

40 Die Vergessenen im Bürokratiegetriebe
▶ Astrid Hamker

BILDUNG

41 Bildung in Deutschland mal neu denken?
▶ Simon Zschau

KREISLAUFWIRTSCHAFT

42 Vom Holzweg abbiegen
▶ Willy Lutz



Foto: AdobeStock@tunzi

18 BÜROKRATIEABBAU

Reformstau überwinden

Bisher ist es nicht gelungen, Bürokratie nachhaltig abzubauen. Das hat Gründe, die kulturell und mental bedingt sind. Welche Reformansätze helfen können.

WIRTSCHAFTSRAT

STANDPUNKT STEIGER

43 Wenn der Zusammenhalt von oben beschädigt wird

INNENANSICHT

44 Neues aus den Kommissionen

JUNGER WIRTSCHAFTSRAT

46 Junger Wirtschaftsrat kritisiert Rentenpaket II

IMPRESSIONEN

48 Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2024

ENGAGEMENT

50 „Sachsen-Anhalt muss innovative Köpfe anziehen“
Sirko Scheffler

SCHLUSS

AUS DEN LÄNDERN

52 Rückblick | Einblick | Ausblick

56 Impressum

FORUM

57 Im Spiegel der Presse

58 Zahlen des Quartals

58 Spindoktor



Foto: AdobeStock/Courtypixel

34 AGRARWIRTSCHAFT

Deutsche Landwirte müssen im Wettbewerb bestehen

Zahlreiche agrarpolitische Baustellen gibt es vor allem im Bereich der Tierhaltung. Die Ampel-Koalition läuft Gefahr, nicht nur die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland zu gefährden, sondern auch das gewünschte hohe Tierwohl.



MAX AICHER

AUS BAYERN IN DIE WELT.

Die Max Aicher Stiftung ist eine der größten privaten Stiftungen Bayerns. Ursprünglich 1924 als Bauunternehmen gegründet, etablierte sich das Unternehmen nach und nach in der Stahlsparte. Bereits heute ist die Stahlproduktion von Max Aicher sehr nachhaltig: In den Elektrolichtbogenöfen des Max Aicher Tochterunternehmens wird Stahlschrott aus lokalen Quellen zu neuem Qualitätsstahl recycelt. Im Sinne des Synergiestrebens von Max Aicher werden rund ein Drittel des Schrotts über das eigene Recyclingunternehmen bezogen. Dieser ressourcenschonende Stahl ist überall auf der Welt zu finden – von den Fundamenten des One World Trade Centers in New York bis hin zum Antriebsstrang und zur Lenkung in Automobilen.

Auch in der Zukunft wird die Max Aicher Stiftung großen Wert auf Energie, Umweltschutz und Effizienz legen. Wir denken weiter. Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft.



Mehr Information zu unseren Leistungen und Bemühungen finden Sie online unter www.max-aicher.de wie auch www.locas-bayern.com.



Wirtschaftskrise gefährdet die Demokratie



Der Rückhalt in der Bevölkerung für die Ampelkoalition sinkt beständig. Die wirtschaftliche Krise durch hohe Energiepreise und steigende Sozialabgaben gilt als hausgemacht. Weil die Bundesregierung nicht gegensteuert, gerät die Demokratie ins Wanken.

Der Rückhalt für die Ampel ist in Deutschland zusammengesackt wie ein Soufflé, das zu früh aus dem Ofen geholt wurde. Noch Ende 2022 hatten SPD, FDP und Grüne in Umfragen zusammen immerhin knapp 45 Prozent der Bürger hinter sich. Jetzt sind es gerade mal 30 Prozent und ein paar Zerquetschte. Die Union ist fast so stark wie die drei Ampel-Parteien zusammen, sie kann aber bislang nicht weiter nach oben durchbrechen.

Gleichzeitig sind die in Teilen rechtsextreme AfD und die – man mache sich nichts vor: von einer Beton-Sozialistin geführte – Wagenknecht-Partei in Deutschland in diesem Superwahljahr, jedenfalls

gemessen an ihrer Performance, auf geradezu aberwitzige Weise erfolgreich. Ankreiden müssen sich das Olaf Scholz & Co. zuallererst selbst. Deshalb hat es etwas seltsam Peinliches an sich, wenn ausgerechnet der Kanzler und seine Kabinettskollegen sich bei Demonstrationen gegen „Rechts“ in der ersten Reihe besorgter Bürger aufstellen. Der Verdacht liegt nahe, dass hier nur von eigenen Fehlritten abgelenkt werden soll.

Protestparteien wie die AfD haben Konjunktur, weil die Regierung mit ihrer falschen Energie- und Wirtschaftspolitik und einer dramatischen Lethargie in der Migrationskrise zu viel Vertrauen verspielt hat.

Das aber schadet nicht nur den die Ampel tragenden Parteien, sondern dem Ansehen der deutschen Politik generell. Das Vertrauen der Deutschen in die Demokratie sinkt insgesamt.

Eine neue Studie der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung – „Bäumchen wechsel Dich? Politische Einstellungen im Wandel“ – weist jetzt nach,

dass die Demokratiezufriedenheit allein der CDU/CSU-Wählerschaft innerhalb von nur einem Jahr um drastische 22 Punkte zurückging.

Schon bei den kommenden Wahlen für die drei Ost-Landtage droht die Politik so an einen Kippunkt zu kommen: Ein rechtsextremer Ministerpräsident ist – trotz der Skandale um ihr Spitzenpersonal, die der AfD zuletzt etwas zugesetzt haben – nicht mehr undenkbar in Deutschland.

Salopp und zugespitzt formuliert: Wer die Wirtschaft zugrunde richtet, der nimmt in Kauf, dass auch die Demokratie vor die Hunde geht.

Denn der wirtschaftliche Abschwung Deutschlands wird als von der Politik verschuldet wahrgenommen. Energieintensiv produzierende Unternehmen können aufgrund der eklatant gestiegenen Preise kaum noch im Wettbewerb bestehen. Trotzdem hält die Regierung aus ideologischen Gründen weiter am Ausstieg aus der Kernenergie fest.

Die Bürger bekommen es auch mit, wenn weltweit angesehene Experten wie etwa der Physiker und Nobelpreisträger Steven Chu (75) diese Politik als „nicht mit unserer zukünftigen Realität vereinbar“ bezeichnen: Umfragen

Foto: Niels Starinck



Dr. Florian Kain

Leitender Redakteur
Politik, Wirtschaft & Aktuelles
BILD/BILD AM SONNTAG

„Das Gefährliche ist, dass den großen Parteien die Zeit davonläuft. Die Entwicklung hin zu radikalen Kräften lässt sich immer schwieriger umkehren.“



Foto: Jens Schicke

in Deutschland zeigen, dass auch die Deutschen die Kernenergie positiver sehen als früher. Korrigiert aber wird die falsche Politik trotzdem nicht. Das hat Folgen.

Gleichzeitig belohnt die Ampel mit dem Bürgergeld faktisch Arbeitslosigkeit. Wer zur Arbeit geht, fühlt sich bestraft. Dazu kommt die hohe Steuer- und Abgabenlast, die Unternehmen wie Bürger gleichermaßen trifft. Sie wirkt abschreckend auch auf Fachkräfte im Ausland, deren Zuwanderung angeblich doch so dringend gewünscht ist.

Ein „attraktiver Standort“ im Wortsinn ist die Bundesrepublik weiterhin für Armutsmigranten, die sich hier – was legitim ist – ein besseres Leben erhoffen. Die Zahlen sind viel zu hoch, was nicht nur Überfremdungs-, sondern vor allem Abstiegsängste auslöst. Anti-Rechts-Demos auf den Straßen ändern daran nichts.

Die wichtigsten Akteure der Ampel-Regierung vermitteln nicht den Eindruck, als hätten sie wirklich begriffen, welche Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sich aus dieser Lage nun ergibt. Vor allem mit entschiedenen Grenzschutzmaßnahmen, wie sie die Christdemokraten endlich angehen und auch in ihrem

Grundsatzprogramm beschlossen haben, könnte sich die illegale Zuwanderung so reduzieren lassen, dass der Eindruck entsteht: die Politik bekommt das Problem wieder einigermaßen in den Griff. Doch solange Politiker wie SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert auf Fragen wie: „Sind wir uns einig, dass es (bei Migration) eine Grenze der Aufnahmefähigkeit gibt?“ nur antworten: „Kein Mensch braucht allgemein-philosophische Diskussionen“, sind sie Wahlhelfer für Protestparteien.

Das Gefährliche ist, dass den großen Parteien die Zeit davonläuft und sich die Entwicklung hin zu radikalen Kräften immer schwieriger umkehren lässt. So sind der bereits erwähnten KAS-Studie zufolge die Wähler der AfD „mit Abstand am unzufriedensten mit der Demokratie und misstrauen mehrheitlich dem Bundestag und der Bundesregierung“. Und: Inzwischen können schon 70 Prozent jener, die bei der AfD ihr Kreuz machen, sich nicht mehr vorstellen, eine andere Partei als die AfD zu wählen.

Das Protestpotential verfestigt sich also. Von reinen Denkmittel-Wahlen kann dann keine Rede mehr sein. Das ist das Bedrohliche an dieser Krise für unsere politische Kultur. □

Bitte SCHMECKEN LASSEN.



Bitte ein Bit

Wandel aktiv gestalten und die Menschen mitnehmen

Wirtschaft und Gesellschaft sind in stetigem Wandel. Wie gut die Politik Wandel ermöglicht, wie gut sie das Gleichgewicht zwischen zu wenig und zu viel hält – darum geht es in diesem Superwahljahr.

Besonders in den Kohleregionen ist das Vertrauen in Maß und Mitte der Politik wegen des forcierten Kohleausstiegs derzeit erschüttert. Die Braunkohlenreviere in Deutschland blicken auf über 100 Jahre Kohleförderung zurück. Sie prägte die Landschaft und die Menschen. Bei Wind und Wetter sind die Kohlekumpel draußen. Die harten Bedingungen schweißen zusammen. Man kennt den eigenen Anteil an der wirtschaftlichen Kraft des Landes. Die Arbeitsplätze sind zu Recht gut bezahlt.

Wo der Bergbau endet, stellt das die Kultur einer ganzen Region infrage. Die ostdeutschen Reviere haben das in den 1990er Jahren auf traumatische Weise erlebt. Zehntausende wurden

arbeitslos oder mussten die Heimat verlassen. Diese Erfahrung des freien Falls wirkt bis heute nach.

Mit dem Niedergang der Kohleindustrie begann zwar etwas Neues. Aus den Mondlandschaften der Tagebaue entstanden Stück für Stück wunderbare Seenlandschaften. Wo einst Kohle gefördert wurde, treibt man heute Wassersport, geht auf Radtour und übernachtet im ökologischen Feriendorf. Das gelang, weil der Staat Milliarden in die Sanierung der geschundenen Landschaft investierte und Unternehmer mit Pioniergeist die Chancen ergriffen, Tourismusbetriebe gründeten, in Marketing investierten und Jobs schufen.

Doch es ist die Industrie mit ihrer enormen Wertschöpfung je Beschäftigtem, die den Wohlstand schafft, auf dessen Fundament dann die Dienstleistungsbranchen ihr Potential entfalten können. Volle Hotels und Ausflugsschiffe sind Indikatoren für eine stabile Wirtschaft, aber sie schaffen sie nicht. Es braucht neue Fabriken, damit die Kohleregionen prosperieren.

2018 entschied die Große Koalition, dass Deutschland aus Klimaschutzgründen aus der Förderung und Verstromung der Braunkohle aussteigt. Das rührte in den ostdeutschen Revieren wieder an das Trauma der 1990er. Doch diesmal sollten die Menschen in den Kohleregionen den Wandel aktiv mitgestalten können statt ihn passiv zu erleiden.

Der Bund setzte die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ ein, mit Vertretern von Bund, Ländern, Kohleindustrie, Gewerkschaften, Kommunen, Wissenschaft sowie Bürgern der Region. Es wurde hart um die Modalitäten gerungen. Am Ende stand die Entscheidung: Der Ausstieg muss bis 2038 gelingen und für den Einstieg in Neues gibt es 40 Milliarden Euro. Es ist ein Kompromiss zwischen dem wünschbaren schnellstmöglichen Ausstieg und einem für die Reviere stemmbaren Plan mit Perspektive. Erste Investitionen in Kitas und Schulen, Forschung und Entwicklung schufen Vertrauen.

Seit der Bundestagswahl 2021 ist das Vertrauen dahin. Der neue Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen will den Kohleausstieg auf 2030 vorziehen. In Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, wo in diesem Herbst Landtagswahlen

Michael Kretschmer
Ministerpräsident
des Freistaates Sachsen



Foto: CDU Landesverband Sachsen

„Die Verunsicherungsunternehmer an den populistischen Rändern bekommen Zulauf. Sie bieten keine Lösungen an, sondern sagen zu allem Nein.“

stattfinden, ist man höchst alarmiert. Zwar sind nur noch weniger als Zehntausend Beschäftigte in der Kohle tätig. Jedoch hängt an diesen Jobs eine Menge Kaufkraft. Ausstieg und Zukunft waren im Kohlekompromiss verknüpft. Habecks Kurs löst die Verbindung. Die Perspektive für die Region erscheint neben dem ambitionierten Klimaziel unwichtig. Und genau das empfinden die Menschen als ideologisch.

Dieser Vertrauensbruch lässt sich nur langsam heilen. Der Bund muss endlich die Verkehrswege wie vereinbart ausbauen, die Eisenbahnstrecken elektrifizieren – allein das braucht Jahre. Die neuen Forschungseinrichtungen, die wir auf den Weg gebracht haben, müssen Schritt für Schritt auf- und ausgebaut werden. Darunter sind zwei neue Großforschungszentren und viele kleinere, die sich mit den verschiedensten Zukunftsthemen befassen: autonomes Fahren und Flie-

gen, Bauen 4.0, Innovationen für die Glasindustrie oder industrielle Kreislaufwirtschaft. Aus der Forschung sollen Startups entstehen, die kleine und mittlere Unternehmen der Region mit Technologietransfer stärken und Investoren aus der Industrie anlocken.

Doch das ist noch Zukunftsmusik. Sie dringt derzeit kaum durch. Im Gegenteil: Das Vertrauen in die demokratische Politik ist stark gesunken. Die Verunsicherungsunternehmer an den populistischen Rändern bekommen Zulauf. Ihre Ausländerfeindlichkeit wird zum Standortrisiko für Ostdeutschland, wo man wegen des Fachkräftemangels auf Zuwanderung angewiesen ist. Sie bieten keine Lösungen an, sondern sagen zu allem Nein. Nein zur Demokratie, Nein zum Wandel, Nein zu Europa.

Europa ist gerade für Sachsen ein großer Glücksfall. Der Freistaat hat bisher von Brüssel die enorme Summe

von über 20 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt bekommen, um von Dorfentwicklung bis Städtebau, von der Weiterbildung bis zur Halbleiterforschung im ganzen Land Entwicklungsimpulse zu setzen. Zudem ist es ein Leichtes, mit anderen EU-Regionen Allianzen zu bilden und so die Sichtbarkeit der Regionen in Brüssel zu erhöhen. Das ist wichtig, denn nur gemeinsam mit anderen Regionen wird es uns gelingen, den Strukturwandel zu meistern, ob bei der Kohle oder der Elektromobilität, bei der Stärkung der Halbleiterindustrie oder der Rettung der Solarindustrie.

Es steht viel auf dem Spiel bei dieser Europawahl und nicht weniger bei den Kommunal- und Landtagswahlen. Ich setze darauf, dass die Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Kräfte im Wirtschaftsrat bündeln, eine hörbare Stimme der Vernunft sind und den Wandel klug gestalten. □



BARMER

Wir machen euch stark.

Mit zeitgemäßer Gesundheitsversorgung stärken wir unsere Versicherten in jeder Phase ihres Lebens.

barmer.de

Der Staat muss sparen

Die Staatsfinanzen Deutschlands geraten aus dem Ruder. Öffentliche Haushalte und Sozialkassen geben zu viel Geld aus und geraten durch die Wirtschaftskrise zusätzlich unter Druck. Neue Schulden und eine Lockerung der Schuldenbremse sind keine Lösung. Der Staat hat kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem. Insbesondere bei den Sozialausgaben könnten Milliarden eingespart werden, um Spielräume für wachstumsfördernde Reformen zu schaffen.



Text: Peter Hahne

Die Staatsfinanzen geraten zunehmend unter Druck. Milliardenausgaben für die Pandemie, den Krieg in der Ukraine und steigende Zinsausgaben: Das sind nur drei große Ausgabenposten, die die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen auf die Probe stellen. Zugleich stehen drei Großprojekte zur Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft auf der Agenda: Die Digitalisierung, die Dekarbonisierung der Wirtschaft und die Alterung der Gesellschaft. All dies kostet sehr viel Geld. Der Staat, seine Gläubiger und die Steuerzahler werden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten große Kapitalmengen mobilisieren müssen, um die Herausforderungen bewältigen zu können.

Vor einem langfristigen Anstieg der Staatsverschuldung warnt unterdessen auch das Bundesfinanzministerium. Eine fortschreitende Alterung der Gesellschaft – gepaart mit einer anhaltenden konjunkturellen Schwäche – könnte die gesamtstaatliche Verschuldung bis 2070 im ungünstigsten Fall auf bis zu 345 Prozent in die Höhe

treiben, heißt es im aktuellen Tragfähigkeitsbericht des Ministeriums. Das laufende Haushaltsdefizit des Bundes könnte in diesem Szenario auf nahezu sieben Prozent anwachsen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom November 2023 zur Schuldenbremse hat der Schuldenpolitik von Bund und Ländern unterdessen einen Riegel vorgeschoben. Die Verschiebung von 60 Milliarden Euro nicht benötigter Mittel zur Bewältigung der Corona-Krise in den Klima- und Transformationsfonds erwies sich als verfassungswidrig. „Diese Klärung bedeutet, dass die Schuldenbremse deutlich enger auszulegen ist, als es gängige Praxis war und dass keine Kreditemächtigungen in Sondervermögen für die Jahre im Anschluss an eine Notlage genutzt werden können“, bilanziert der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Der Wirtschaftsrat zeigt sich erfreut über die Klärung durch das höchste Gericht: „Zu Recht haben die obersten Richter diese Umgehung der Schuldenbremse durch eine Flucht in

Schattenhaushalte abgelehnt“, sagt Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Die Bundesregierung muss ihre Ausgaben durch die laufenden Einnahmen decken und dazu Priorisierungen vornehmen.“ Anders ausgedrückt: Sofern diese oder kommende Regierungen nicht jedes Jahr immer neue Notlagen für die öffentlichen Haushalte ausrufen oder sich in immer neue Sonderfonds flüchten wollen, muss sich die Politik überlegen, wie man auf haushälterisch solidem Wege an Geld kommt – oder noch besser: an anderer Stelle weniger ausgibt. „Solide Haushaltspolitik ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit“, betont Generalsekretär Steiger. „Keinesfalls darf die Bundesregierung die Schuldenbremse durch die Flucht in Schattenhaushalte außer Kraft setzen.“ Ein Aufweichen der Schuldenbremse kommt für den Wirtschaftsrat nicht in Betracht.

Die Schuldenbremse hält die Politik im Zaum

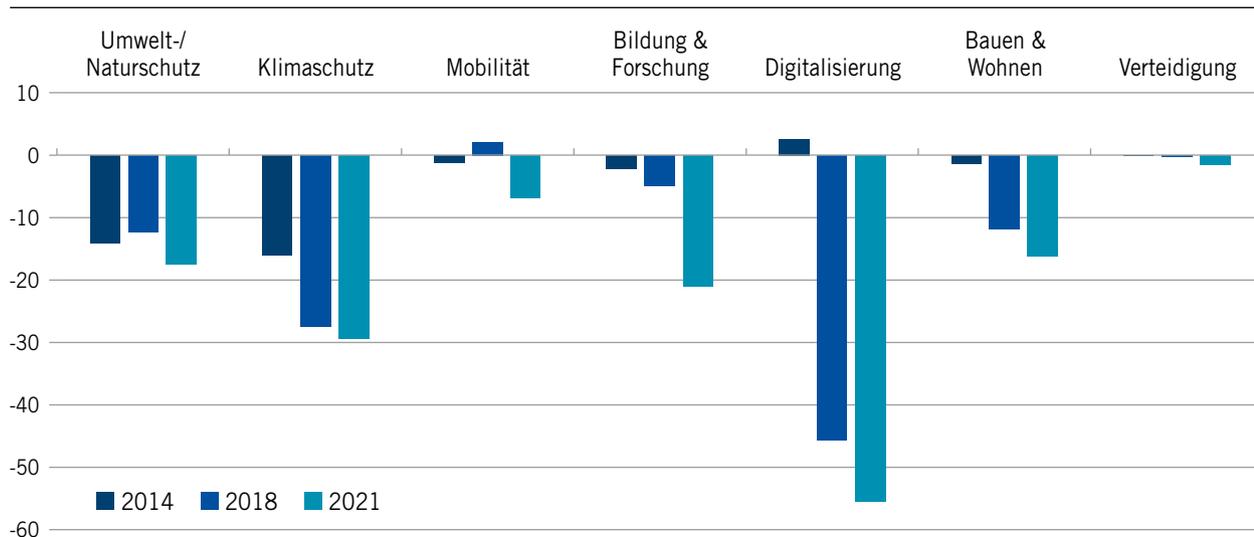
„Persönlich betrachte ich die Schuldenbremse als Segen. Hätten wir sie nicht, brächen die Dämme“, sagt auch



Foto: Jens Schicke

Öffentliche Investitionen des Bundes, Abweichung der Ist-Werte von den Soll-Werten

in Prozent



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft

der Freiburger Finanzwissenschaftler Bernd Raffelhüschen. Generalsekretär Steiger betont die grundlegende Bedeutung der Schuldenbremse als

Anker einer regel- und stabilitätsorientierten Fiskalpolitik: „Sieben Jahre mit ausgeglichenen Haushalten bis zur Corona-Krise zeigen die Wirk-

samkeit der Schuldenbremse. Statt neue Schulden aufzunehmen ist die Bundesregierung gefordert, endlich ihre Projekte zu priorisieren und an

Wir helfen Unternehmen.

Je früher Sie sich an uns wenden, desto mehr können wir für Sie tun! Rufen Sie uns an: +49 89 7432975-0.

Rechtsberatung · Sanierung und Restrukturierung · Insolvenzverwaltung

Deutschland · Aachen · Aschaffenburg · Augsburg · Bayreuth · Berlin · Bielefeld · Bochum · Braunschweig · Bremen · Chemnitz · Darmstadt · Dortmund · Dresden · Düsseldorf · Erfurt · Essen · Frankfurt/M. · Gießen · Hallbergmoos · Hamburg · Hannover · Heilbronn · Herford · Kempten · Koblenz · Köln · Leipzig · Lübbecke · Magdeburg · Mainz · Mannheim · München · Münster · Nürnberg · Oldenburg · Osnabrück · Paderborn · Regensburg · Rostock · Singen · Solingen · Stuttgart · Ulm · Würzburg · Italien · Mailand · Spanien · Barcelona · Madrid

www.pluta.net

Foto: AcobeStock@bluedesign



anderen Stellen Kosten einzusparen.“ Die Zinsausgaben haben sich zwischen 2021 und 2023 ohnehin schon auf 40 Milliarden Euro erhöht. Unterstützung bekommt der Wirtschaftsrat aus der Wissenschaft. Lars P. Feld, selbst viele Jahre Mitglied der Wirtschaftsweisen, erinnert im ifo Schnelldienst daran, dass die Einführung der Schuldenbremse den Finanzmärkten signalisieren sollte, dass Deutsch-

land nach dem deutlichen Anstieg der Staatsschuldenquote im Zuge der Finanzkrise zu einer soliden Finanzpolitik zurückkehren werde, um auf diesem Wege günstige Refinanzierungsbedingungen für den deutschen Staat zu ermöglichen. „Die Auswirkungen der Schuldenbremse sind bisher nicht hinreichend belegt“, schränkt Feld zwar aus Sicht der Wissenschaft ein. Schließlich spielen auch andere

Faktoren wie sinkende Zinsausgaben, ein starkes Wirtschaftswachstum und sprudelnde Steuereinnahmen eine Rolle. Aber der Rückgang der Staatsschuldenquote von 2010 bis 2019 deutet durchaus darauf hin, dass die Schuldenbremse wie beabsichtigt wirke. „Ein Rückgang der Staatsschuldenquote um mehr als 20 Prozentpunkte ist ein starkes Indiz“, betont der Ökonom. „Besonders in wirtschaftlich angespannten Zeiten müssen wir zu einer soliden Haushaltspolitik zurückkehren“, fordert deshalb Generalsekretär Steiger.

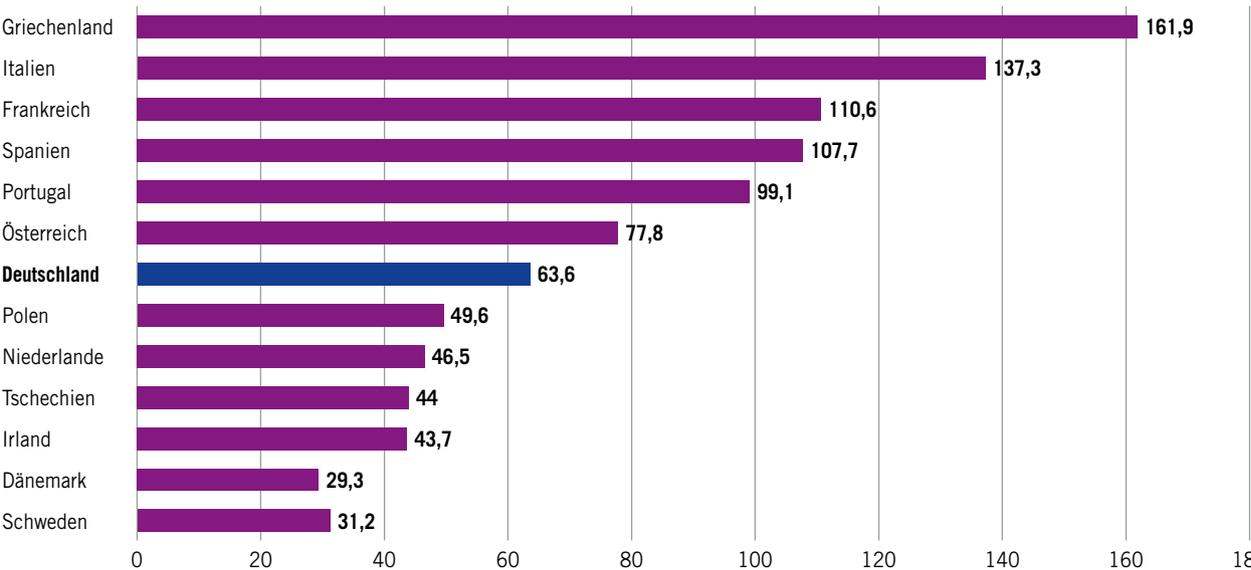
Eine Reform der Schuldenbremse ginge sicher mit einer Aufweichung einher

Auch ifo-Präsident Clemens Fuest und der Finanzwissenschaftler Niklas Potrafke von der LMU München machen sich für eine Beibehaltung der Schuldenbremse stark. „Die deutsche Schuldenbremse zwingt die Politik, Prioritäten zu setzen. Gleichzeitig lässt sie dem Staat hinreichend Spielraum für Verschuldung, die wirtschaftlich sinnvoll sein kann“, bilanzieren die Ökonomen in ihrem „Plädoyer für die Erhaltung der Schuldenbremse“. „Das Hauptproblem einer Reform der

Die wenigsten der 27 EU-Länder halten sich an die Maastricht-Kriterien

in Prozent des BIP

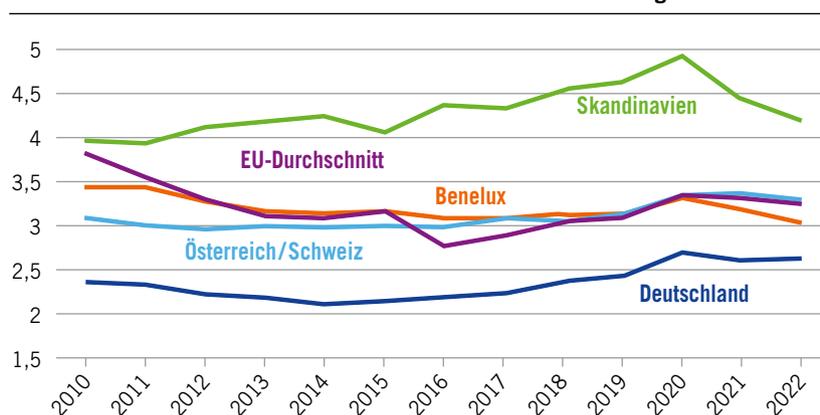
Ausgewählte EU-Staaten



Quelle: Eurostat

Schuldenbremse in Richtung einer stärkeren Berücksichtigung der Struktur der öffentlichen Ausgaben besteht darin, dass der damit verbundene politische Prozess mit hoher Wahrscheinlichkeit zu einer Aufweichung der Verschuldungsgrenze führen könnte.“ Fuest und Potrafke weisen auf die ökonomischen Vorteile von weltweit rund 100 Ländern mit Schuldenregeln gegenüber Ländern ohne fiskalpolitische Regeln hin. Ihr Wirtschaftswachstum liegt im Schnitt rund einen halben Prozentpunkt höher, das Bruttoinlandsprodukt fällt langfristig sogar um 15 Prozent größer aus. Die Risikoprämien für Staatsanleihen liegen zugleich um rund 1,5 Prozentpunkte niedriger. Anders ausgedrückt: Fiskalregeln sorgen für eine effizientere Verteilung der öffentlichen Mittel. „Wenn die Politik Haushaltsdefizite, Verschuldungsquoten sowie Risikoprämien auf Staatsanleihen begrenzen und das Wirtschaftswachstum stärken

Öffentliche Investitionen als Anteil am BIP im internationalen Vergleich in Prozent



Quelle: EU-Kommission (2023); Institut der deutschen Wirtschaft

möchte, sollte sie an einer wirksamen Verschuldungsregel festhalten“, bilanzieren die Ökonomen.

Keine neuen Schulden nötig

„Deutschland muss eigentlich gar keine Schulden aufnehmen, denn unser Land hat mit seinen Rekordsteuerein-

nahmen von 916 Milliarden Euro ganz klar kein Einnahmenproblem, sondern ein Ausgabenproblem“, betont Generalsekretär Steiger. Lag der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt vor zehn Jahren noch bei etwa 45 Prozent, so sind mittlerweile rund 50 Prozent erreicht. Dabei gilt nach Auf-

LOTTO hilft Hessen

Mit mehr als **33** Mio. €
pro Jahr für die Kultur.





versicherung und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Im Etatentwurf sind dafür knapp 127 Milliarden Euro vorgesehen. Die Grundsicherung für Arbeitsuchende einschließlich Unterhalt und Heizung kostet den Bund in diesem Jahr rund 53 Milliarden. Hinzu kommen schließlich etwa 24 Milliarden Euro für das Bürgergeld. So erhalten Alleinstehende seit Anfang dieses Jahres 563 Euro statt 502 Euro pro Monat.

„Ganz konkret fordern wir das Aussetzen der Anhebung des Bürgergeldes um zwölf Prozent und die Überprüfung der Arbeitsbereitschaft der erwerbsfähigen Bürgergeldempfänger durch gemeinnützige Tätigkeiten“, erklärt der Wirtschaftsrat. „Allein hier wären zehn bis zwölf Milliarden zu holen“, sagt Wolfgang Steiger. Eine Mehrheit der Deutschen rechnet laut einer Forsa-Umfrage bei höheren Regelsätzen mit weniger Anreizen, eine reguläre Arbeit aufzunehmen. „Es fehlt der Rückhalt aus der Bevölkerung für solch ein Sozialsystem, mahnt CDA-Chef Karl-Josef Laumann. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bewertet den Tragfähigkeitsbericht seines Ministeriums als Warnsignal, als „Appell an die Politik, Strukturreformen in allen relevanten Politikbereichen anzusto-

fassung des Wirtschaftsrates weiterhin das alte Helmut-Kohl-Diktum: „Bei einer Staatsquote von 50 Prozent beginnt der Sozialismus.“

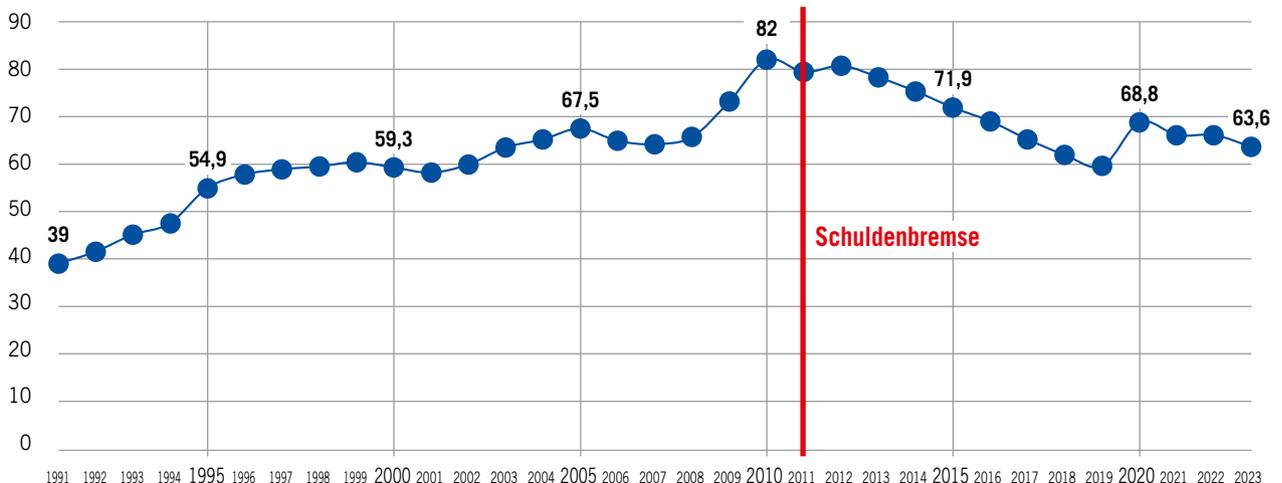
Gleichzeitig bedeutet eine Verringerung der Staatsquote um fünf Prozentpunkte, dass jedes Jahr 175 Milliarden Euro weniger durch den Staat bewegt werden und damit mehr Raum für privatwirtschaftliche Initiative bliebe. „Die wahren Ursachen der Finanzprobleme dieser Bundesregierung heißen Bürgergeldeinführung, Bürgergelderhöhung und Ein-

führung der Kindergrundsicherung“, sagt Astrid Hamker. Die Präsidentin des Wirtschaftsrates fordert, diese „Sozialgeschenke“ zurückzunehmen. Laut Einzelplan 11 des Bundeshaushalts belaufen sich die Ausgaben für Arbeit und Soziales in diesem Jahr auf knapp 172 Milliarden Euro und damit mehr als ein Drittel des Gesamtetats. Das sind rund fünf Milliarden Euro mehr als 2023, obgleich die Einnahmen um fast drei Milliarden Euro niedriger ausfallen. Der Löwenanteil der Ausgaben entfällt auf die Renten-

Die Schuldenbremse zeigt Wirkung

in Prozent des BIP

Die Staatsverschuldung in Deutschland nimmt seit Einführung der Schuldenbremse im Jahr 2011 bis die Pandemie zur Schuldenaufnahme zwingt kontinuierlich ab.



Quelle: BMF

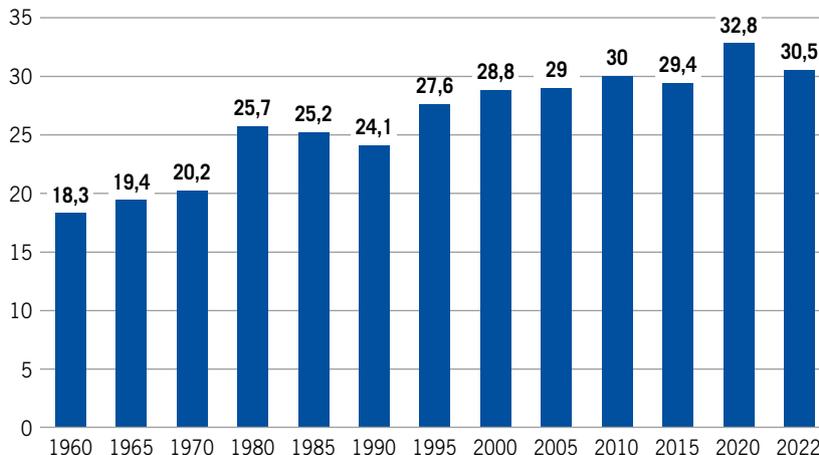
ßen.“ Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung seien „in ihrer jetzigen Form langfristig nicht finanzierbar.

Ein Verzicht auf die Kindergrundversicherung brächte weitere zehn Milliarden Euro, rechnet der Wirtschaftsrat vor. Hohes Sparpotenzial böte auch eine – politisch zugegebenermaßen schwierige – Rücknahme milliarden-schwerer Rentengeschenke. Allein Grund- und Mütterrente schlagen jährlich mit rund 20 Milliarden Euro zu Buche, weitere Milliarden verschlingt die „Rente mit 63“. Der Bund der Steuerzahler (BdSt) sieht zusätzliche Einsparpotenziale durch einen Einstellungsstopp in der Bundesverwaltung und den Stopp von Bauprojekten in der Hauptstadt. „Die Bundesregierung erstickt an der eigenen Bürokratie“, kritisiert BdSt-Präsident Rainer Holznagel. „Hier lassen sich Milliarden einsparen.“ Kurzum: Milliarden-schwere Einsparungen wären möglich, wenn der politische Wille vorhanden wäre. „Der wirtschaftliche

Sozialleistungsquote in Deutschland

in Prozent des BIP

Summer aller Sozialleistungen



Quelle: BMAS (2023) Sozialbudget

* Bis 1990 nur alte Bundesländer, Werte unrevidiert und daher nur eingeschränkt vergleichbar.
** Ab 2009 inkl. der mit der Gesetzlichen Krankenversicherung vergleichbaren Grundleistung in der Privaten Krankenversicherung, Vergleich mit den Vorjahren nur eingeschränkt möglich

Abschwung ist so dramatisch, dass nun alle Weichen auf Wachstum gestellt werden müssen“, fordert Wolfgang Steiger. Dazu zählt vor allem auch

eine Unternehmenssteuerreform, die die Belastung für die Wirtschaft zumindest auf den OECD-Durchschnitt zurückführt. □

PNE
pure new energy

**IHR STARKER VERBÜNDETER
FÜR DEN KLIMASCHUTZ**

Klimaneutral bis 2045 - Jetzt ist die Zeit, konsequent zu handeln!

pne-ag.com



Reformstau überwinden

Bisher ist es nicht gelungen, Bürokratie nachhaltig abzubauen. Das hat Gründe, die kulturell und mental bedingt sind. Welche Reformansätze helfen können.

Wir erleben seit Jahren das Phänomen, dass Politiker in Bund und Ländern erklären, Bürokratie abbauen zu wollen. Tatsächlich hat es bisher hierzulande kaum Fortschritte gegeben. Gleichzeitig hat es die Bundesregierung von Anfang an versäumt, auf den Regulierungsdruck der EU einzuwirken. Knapp 60 Prozent der Bürokratiebelastung der Wirtschaft gehen auf EU-Richtlinien zurück, zusammen mit EU-Verordnungen dürfte die EU für 70 bis 80 Prozent der Bürokratie für die Wirtschaft ursächlich sein. Hinzu kommt der Verwaltungsvollzug als solcher: Land und Kommunen vollziehen 80 Prozent des Bundes- und EU-Rechts. Angesichts des Rückstands in der Verwaltungsmodernisierung und -digitalisierung in Deutschland führt dies zu einer wesentlich höheren Belastung der Wirtschaft als in anderen EU-Ländern.

Die Ursachen der Überbürokratisierung gehen tief

Bürokratie ist eigentlich eine Errungenschaft und ein Markenkern des Rechtsstaats. Sie bedeutet, dass der Staat seine Macht nur nach bestimmten Regeln ausüben darf, die demokratisch legitimierte Entscheidungsträger nach feststehenden Verfahrensvorschriften erlassen haben. Das Gegenteil sind der Willkürstaat und die Diktatur. Unser Staat hat bei der Bürokratie jedoch derart überzogen, dass der positive Duktus ins Negative gekippt ist. Wenn von Bürokratieabbau die Rede ist, betrifft dies also nur unnötige Bürokratie.

Ein Bündel von Ursachen ist verantwortlich für die Überbürokratisierung in Deutschland: Das Misstrauen gegenüber Unternehmen und Bürgern sowie der öffentlichen Verwaltung, der Perfektionsdrang und der Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit, das Sicherheitsdenken in der Verwaltung, die fehlende Praxishäufigkeit von Politik und Verwaltung, die unzureichende Digitalisierung, die Komplexität der Regelungsbereiche, die Abwälzung staatlicher Aufgaben auf die Wirtschaft, Symbolpolitik und politische Profilierung, und zu guter Letzt die fehlende politische Priorisierung, unnötige Vorschriften abzuschaffen.

Diese Ursachen – besonders das Misstrauen des Staates gegenüber Unternehmen, der Perfektionsdrang und der Wunsch nach Einzelfallgerechtigkeit – haben kulturelle und mentale Gründe. Diese lassen sich nicht ohne Weiteres überwinden.

Verwaltungsbeschäftigte gehen etwa davon aus, dass Unternehmen die Vielzahl der Vorschriften nicht mehr verarbeiten können und unterstellen, dass sie sie nicht einhalten. Das führt zu Misstrauen, das Formalismus weiter begünstigt. Aufgrund der Überregulierung und des Personalmangels ist die öffentliche Verwaltung nicht mehr in der Lage, die Einhaltung von Gesetzen zu kontrollieren. Daher wälzt sie Kontrollaufgaben in Form von Dokumentationspflichten auf die Unternehmen ab. Die regulierungsbedingte Überforderung der Verwaltung führt zur Verunsicherung. Dies ist eine wesentliche Ursache der „Gutachteritis“. Geneh-

migungsverfahren werden so unnötig verlängert, verteuert und durch überzogene Partizipationsregelungen auf eine Verfahrensregulatorik fokussiert. Es gerät aus dem Blick, worum es eigentlich geht. Mit einer Baugenehmigung für einen Betrieb entstehen etwa neue Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Investitionen in die Zukunft des Landes.

Die Lösung kann nur in einer radikalen Umkehr bestehen. Der Staat muss sich zurücknehmen, den Personalaufbau in den Ministerien zurückführen und auch Aufgaben beenden. Dazu gehört eine drastische Reduzierung von Förderprogrammen. Subventionen gehören nicht zum Werkzeugkasten der Sozialen Marktwirtschaft, sondern die Gestaltung von Rahmenbedingungen etwa qualifizierten Bildungsangeboten, dem Ausbau der Netze oder einer wettbewerbssichernden Begrenzung der Besteuerung.

Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Dozentin und Autorin,
Vorsitzende des
Normenkontrollrats
Baden-Württemberg a.D.



Foto: Sandra Wolf

*„Bürokratieabbau setzt
Kulturwandel voraus.“*

Bisherige Lösungsansätze greifen zu kurz

Die politische Debatte erschöpft sich in der Regel darin, die Fehlentwicklung zu analysieren und zu beklagen. Wenn mit konkreten Maßnahmen gegengesteuert werden soll, wird zu kurz gesprungen. Unnötige Bürokratie wird in Deutschland bislang flickschusterhaft und nur an den Symptomen bekämpft. Die Bürokratienteilungsgesetze I bis III wie auch der aktuelle vierte Entwurf sind anerkennenswert,



Fokus Gesundheitsmarkt: Daten, Fakten, Tools für fundierte Entscheidungen

Marktforschung zur niedergelassenen Medizin: deutschlandweit, regional oder auf einen einzelnen Praxisstandort bezogen. Wir erheben wirtschaftliche Daten zu allen medizinischen Fachgruppen – und stellen sie als Tools oder Studie der Ärzteberatung, Arzneimittelindustrie, Medizintechnik, Politik und Verbänden zur Verfügung.

kurieren aber nicht die Ursachen. Der Patient wird nicht gesund, er fühlt sich nur ein wenig besser.

Auch mit dem im Vereinigten Königreich 2010 und in Deutschland 2015 eingeführten One-in-One-out-Prinzip, wonach die Bürokratiebelastung neuer Vorschriften durch das Streichen gleichbelastender Vorschriften ausgeglichen wird, wurden nur Teilerfolge erzielt. Der einzige systemische Lösungsansatz für Bürokratieabbau ist die gesetzliche Verankerung des Nationalen Normenkontrollrates, einem unabhängigen Beratungsgremium – aber eben auch nur beratend.

Die Soziale Marktwirtschaft besteht in einem auf Freiheit und Verantwortung sowie auf Subsidiarität und Solidarität beruhenden Gesellschaftsmodell. Eine nachhaltige Lösung der Überbürokratisierung muss sich an den Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft orientieren, also durch Regulierung als Ordnungsprinzip und nicht als Ausdruck von Misstrauen des Staates gegenüber Wirtschaft und Bürgern.

Regulierung ist als Leitplanke einer freiheitlichen Gesellschaft zu verstehen, ohne das Versprechen von Einzelfallgerechtigkeit, das sich mit einer zu hohen Regelungsdichte erkaufen lässt. Es gibt viele Vorschriften und Behör-

denanforderungen, die diese Grundregeln missachten. Diese gilt es zu identifizieren und bei künftigen wie auch geltendem Recht zu überwinden.

Die Sorge, wichtige klima- und sozialpolitische Ziele so nicht erreichen zu können, ist unbegründet. Im Gegenteil: Wenn die Politik ihre Steuerungskraft zurückgewinnt und die Verwaltung ihre Leistungsfähigkeit, können die großen politischen Aufgaben dieser Zeit eher gelöst werden.

Reformempfehlungen

Mithilfe von better regulation, also einfachen, praktikablen, verständlichen, evaluierbaren und aufwendungsarmen Gesetzen, gewinnt die Politik auf Bundes- und Landesebene Vertrauen der Normadressaten zurück. Dies ist die Voraussetzung, um die Demokratie zu stabilisieren und die politische Steuerungskraft zu stärken.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen bemerkenswerten Antrag (BT-Drs. 20/8856) mit Strukturvorschlägen zum Bürokratieabbau gestellt. Es geht darum, wie es gelingen kann, Bürokratie nachhaltig zu vermeiden und abzubauen, indem die Politik dies auf Regierungsseite zur Chefsache macht und auch der

Deutsche Bundestag als Gesetzgeber dies zur Regelaufgabe erklärt und institutionalisiert. Dazu sollte ein Bundestagsausschuss „Bürokratieabbau und Gesetzesevaluierung“ eingerichtet werden. Eine der Querschnittsaufgaben bestünde darin, die Entwürfe von EU-Recht auf ihre Praktikabilität und Bürokratievermeidung zu prüfen und Stellung dazu zu nehmen.

Bürokratieabbau kann nur gelingen, wenn er faktenbasiert erfolgt und mit einem konkreten quantitativen Maßstab politikfähig gemacht wird, an dem sowohl die Belastungen durch Bürokratie als auch ihre Veränderungen als empirisch nachgewiesener Bestandteil unternehmerischen Handelns erkennbar wird.

Eine solche Bürokratiekostenquote sollte vom Statistischen Bundesamt als neutraler und objektiver Stelle erhoben und veröffentlicht werden. Um den Statistikaufwand möglichst gering zu halten, sollte die Bürokratiekostenquote im Rahmen bereits etablierter freiwilliger Umfragen bei Unternehmen ermittelt werden.

Ebenso wie 2006 sollte die Bundesregierung ein konkretes Bürokratieabbauziel für die Wirtschaft von mindestens 25 Prozent beschließen. Nur mit politisch verabredeten Zielvorgaben lassen sich bei krisenhaften Fehlentwicklungen Verbesserungen erreichen. Dies gilt für die Bekämpfung des Klimawandels, die Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik und auch für die Überwindung der Überbürokratisierung. Ist die Zielvorgabe erreicht, empfiehlt es sich, die Entlastung als eine gesetzliche Selbstverpflichtung des Bundestages und der Landtage fortzuführen und in jeder Legislaturperiode mindestens ein Bürokratieentlastungsgesetz zu erlassen, das mit konkreten Zielvorgaben unterlegt ist.

Bis heute sind Anforderungen an better regulation kein Teil der Ausbildung von Juristen. Wenn Absolventen in den Ministerien Gesetzestexte entwerfen sollen, machen sie dies ohne Vorbildung. Rechtsetzungslehre sollte deshalb fester Bestandteil eines Jurastudiums werden. □



Foto: AdobeStock/©artjazz

Eine Win-Win-Situation für unser Gesundheitssystem

Durch die Behandlung von Privatpatienten stehen dem Gesundheitssystem jährlich 12 Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung. Das fördert Investitionen und Innovationen im Gesundheitssystem und stärkt die Versorgung für alle.

Ein Advertorial des PKV-Verbands

Mit Gesetzlicher und Privater Krankenversicherung gibt es im deutschen Gesundheitswesen zwei unterschiedliche Finanzierungssysteme. Gleichwohl tragen diese beiden Säulen ein Versorgungssystem für alle. Die Dualität aus zwei Versicherungsarten sorgt dafür, dass die medizinische Versorgung für alle besser ist als in einem Einheitssystem.

Das liegt daran, dass es für die Behandlung von Privatpatienten weniger Beschränkungen und Budgetgrenzen sowie häufig höhere Honorare gibt als für dieselben Leistungen bei Kassenpatienten. So finanzieren Privatversicherte das Gesundheitssystem überproportional mit. Denn die zusätzlichen Einnahmen können Arztpraxen in mehr Personal und moderne Behandlungsmethoden investieren. Das kommt wiederum auch den gesetzlich Versicherten zugute.

63.121 Euro

erzielt jede Arztpraxis durchschnittlich mehr pro Jahr mit Privatversicherten

10 Prozent Versicherte sorgen für 20 Prozent Umsatz

Dieser Mehrumsatz liegt pro Jahr bei 12,33 Milliarden Euro, wie das Wissenschaftliche Institut der PKV (WIP) auf der Datenbasis von 2022 berechnet

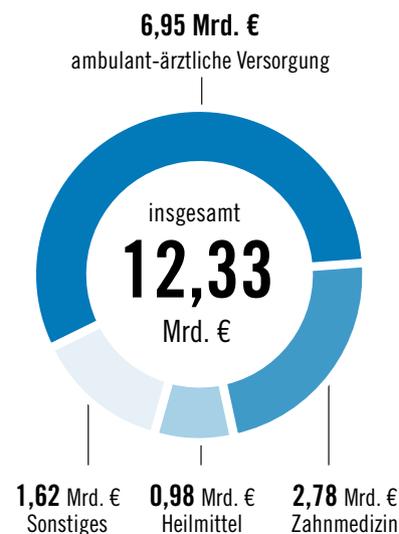
hat. Das sind rund 650 Millionen Euro mehr als im Jahr davor. Der größte Teil des Mehrumsatzes (6,95 Milliarden Euro) kommt der ambulanten Versorgung zugute: Die Mehreinnahmen je Arztpraxis lagen durchschnittlich bei über 63.000 Euro pro Jahr. Die Bedeutung der Privatversicherten zeigt sich auch darin, dass sie mit einem Versichertenanteil von 10,3 Prozent insgesamt 20,4 Prozent zu den Gesamteinnahmen der Arztpraxen beitragen.

Der Vorsitzende der Bundesärztekammer, Dr. Klaus Reinhardt, weiß den Vorteil dieses Mehrumsatzes zu würdigen: „Die PKV bringt für Praxen einen höheren Deckungsbeitrag pro Versicherten als die GKV und trägt damit zu einer guten Versorgung bei, von der auch gesetzlich Versicherte profitieren“, sagte Reinhardt dem Handelsblatt im Mai 2023. Und die Frankfurter Allgemeine Zeitung kommentierte im März 2024: „Die jüngsten Zahlen zeigen, wie stabil, zukunftsfest und unentbehrlich die PKV für das Gesundheitswesen ist. Sie dient auch den gesetzlich Versicherten und ist sozialer als ihr Ruf.“

Arztpraxen auf dem Land profitieren besonders

Darüber hinaus hat der PKV-Mehrumsatz noch einen weiteren Vorzug: Die zusätzlichen Einnahmen kommen vor allem Ärztinnen und Ärzten auf dem Lande zu Gute. Das liegt daran, dass Privatversicherte in ländlichen

Mehreinnahmen durch Privatversicherte (je Sektor) 2022



Quelle: Wissenschaftliches Institut der PKV (WIP) 2024

Regionen meist älter sind und damit häufiger behandelt werden. Zudem sind in größeren Städten die Mieten, Gehälter und anderen Kosten für die einzelnen Arztpraxen höher. Diesen Effekt hat der Verband der Privaten Krankenversicherung mit konkreten Regionaldaten bereits für neun Bundesländer nachweisen können. Privatversicherte stärken die medizinische Versorgung also nicht nur allgemein, sondern insbesondere dort, wo sie besonders benötigt wird. Eine Win-Win-Situation für unser Gesundheitssystem. Mehr zum Thema finden Sie unter www.pkv.de. □

Die Energiewende treibt die Deindustrialisierung

Text und Grafiken: **Ahmet Mohamad**

Bundesfinanzminister Christian Lindner beschrieb die anhaltende Energiekrise in Deutschland als einen „Krieg um Wohlstand und Freiheit“. Die Auswirkungen auf die deutsche und europäische Wirtschaft sind tiefgreifend. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat Strom massiv verteuert, die Energiewende und die Abschaltung der Kernkraftwerke tut ein übriges. Laut einer Erhebung des Statistischen Bundesamtes zahlten Verbraucher in Deutschland im Jahr 2023 die dritthöchsten Strompreise in der Europäischen Union (EU). 2023 war das Jahr mit den höchsten Energiepreisen für Unternehmen in den letzten zehn Jahren (BdEW). Die Folge: Viele Unternehmen verlagern ihre Produktionsstätten ins Ausland oder erwägen dies.

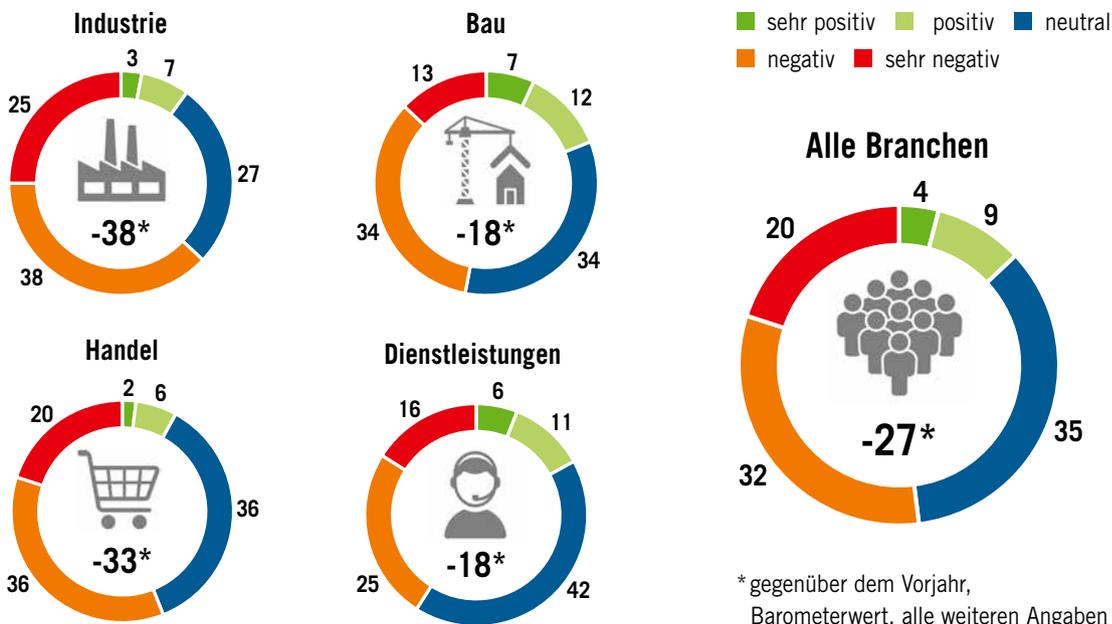


Der Ausstieg aus der Kernenergie wird von vielen Experten als Fehler kritisiert, da Deutschland nicht nur über die sichersten Kernkraftwerke der Welt verfügte, sondern der auch mit konventioneller Energieerzeugung seine Klimaziele nicht einhalten kann. Dies führt dazu, dass trotz steigenden Bedarfs für Mobilität und Wärme Strom knapp wird und die Abhängigkeit von anderen Energiequellen und -lieferanten weiter zunimmt. Angesichts dieser Entwicklungen rückt der Ausbau erneuerbarer Energien immer stärker in den Fokus. Doch ist der Fortschritt ausreichend, um unseren Industriestandort sicher mit bezahlbarem Strom zu versorgen?

Wettbewerbsfähigkeit leidet massiv

in Prozent

Die Energiewende und die daraus resultierenden höheren Strompreise hat die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen spürbar beeinträchtigt. Fast alle Wirtschaftszweige zeigen einen negativen Trend, Handel und Industrie sind besonders betroffen.

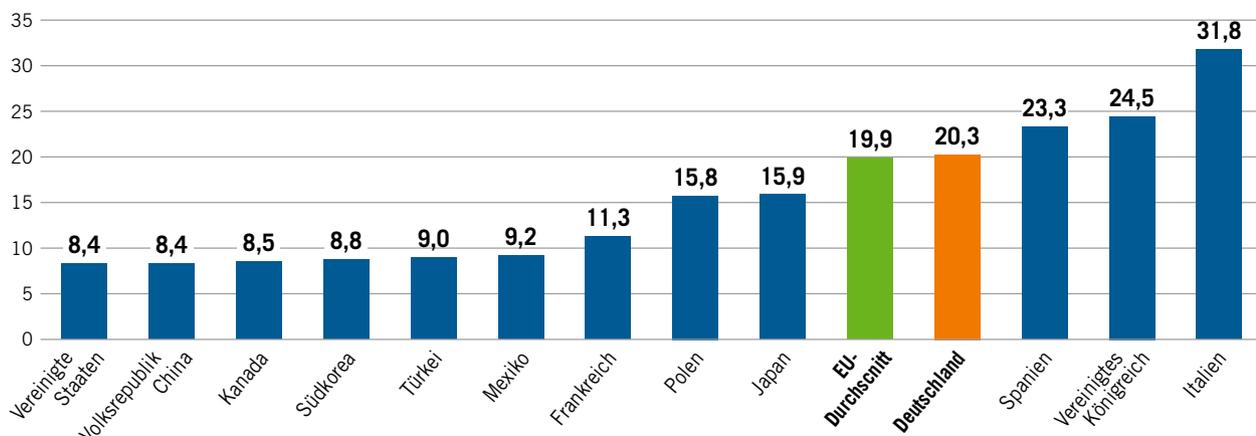


Quelle: DIHK

Entwicklung des Industriestrompreises im internationalen Vergleich

in Euro cent / kWh

Der Strompreis für Gewerbekunden ist in Deutschland in den zwei Jahren massiv gestiegen. Er zählt damit zu den höchsten weltweit. Weniger als halb so viel kostet der Strom für Unternehmen in den USA.



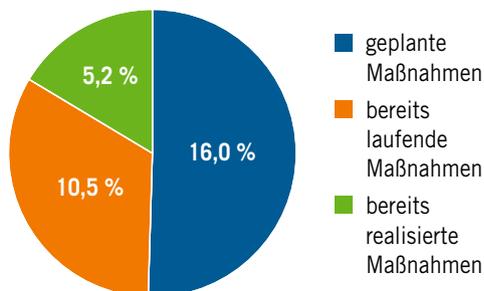
Quelle: Prognos AG (eigene Darstellung)

Die Industrieproduktion wandert ins Ausland ab

in Prozent

Beinahe ein Drittel der Industrieunternehmen plant angesichts der energiepolitischen Rahmenbedingungen Kapazitätsverlagerungen oder Produktionseinschränkungen – dies ist eine Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr.

Eine Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland erwägen 32 % aller Industrieunternehmen, davon sind:

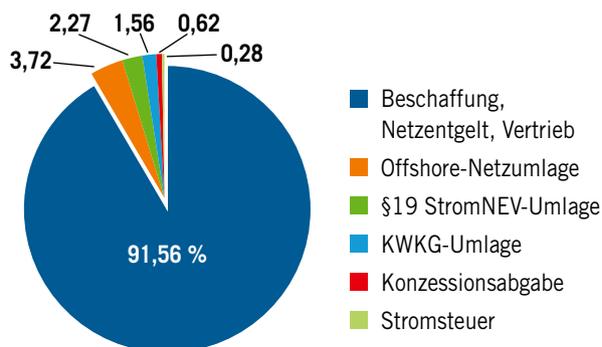


Quelle: DIHK

So setzt sich der Industriestrompreis zusammen

in Prozent

Bei einem durchschnittlichen Industriekunden mit einem Jahresverbrauch von bis zu 20.000.000 Kilowattstunden bestimmen diese Komponenten den Strompreis. Die Offshore-Netzumlage ist ein großer Brocken – Tendenz steigend.

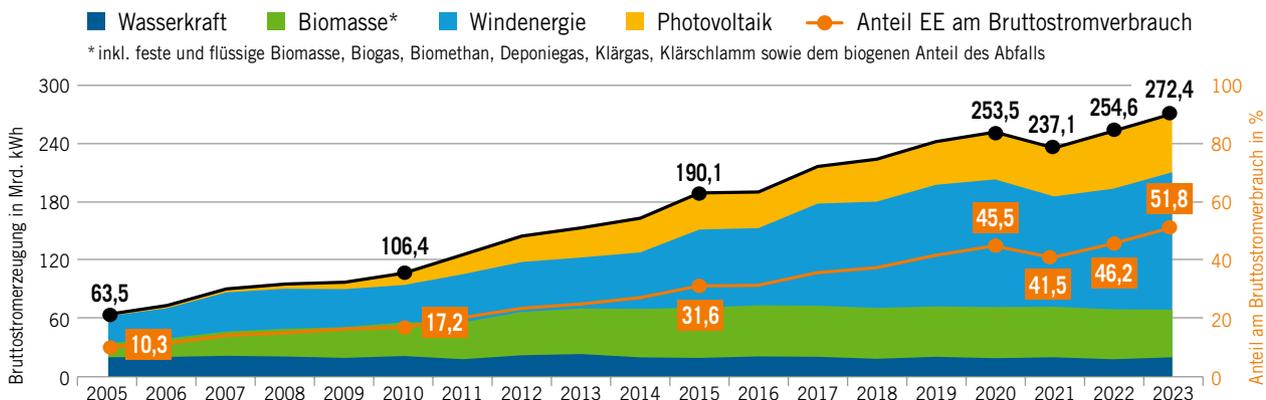


Quelle: Eon.de

Erneuerbare decken erstmals mehr als die Hälfte des Verbrauchs

in Milliarden Kilowattstunden / in Prozent

2023 stieg der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch erstmals auf 51,8 Prozent. Den größten Anteil dazu lieferte die Windenergie, gefolgt von der Biomasse und Photovoltaik.



Quelle: Umweltbundesamt



Foto: European Union, 2023

gewährleisten. Denken Sie an Unternehmen, die sich nach Klimaschäden nur schwer erholen können, oder an Wasserknappheiten, die die Produktion beeinträchtigen.

Die Flutkatastrophe 2021 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Sachsen verursachte allein in Deutschland Schäden in Höhe von 33 Milliarden Euro. Es war die teuerste Naturkatastrophe in Europa seit langem. Jeder Euro, der für das Klimarisiko-Management ausgegeben wird, spart zwischen fünf und neun Euro in der Zukunft.

Unsere Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Klimawandel ist für die europäische Wirtschaft von entschei-

gang, der an eine starke und stabile Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie gekoppelt ist, die zukunftssichere Arbeitsplätze in Europa schafft. Für unsere Wirtschaft ist es wichtig, dass die Unternehmen wissen, wohin die Reise geht. Und genau das bietet unsere Gesetzgebung im Rahmen des EU-Klimaschutzpakets „Fit For 55“.

Auf EU-Ebene haben wir uns aber nicht nur langfristige Ziele gesetzt. Die EU hat auch ein umfassendes Paket politischer Initiativen vorgelegt, die die Dekarbonisierung unterstützen und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit im Fokus haben. So hat die Kommission im Februar 2023 den Green Deal-Industrieplan auf den Weg

Klimaplan gibt Wachstumsschub

Mit dem EU-Klimagesetz sollen Klima- und Umweltrisiken angegangen werden.

Mit dem Green Deal haben wir die Bereiche Energie, Klima und Wirtschaft miteinander verknüpft. Unser Klimaplan ist nun auch unser Wachstumsplan. Es ist klar, dass Klima- und Umweltrisiken angegangen werden müssen, um die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu

dender Bedeutung. Aber der grüne Wandel bietet auch große Chancen für unsere Unternehmen, Verbraucher, Investoren, Innovatoren und unsere gesamte Wirtschaft. Europa setzt auf eine Mischung von Maßnahmen: Zum einen werden wir die Emissionen senken und zum anderen Erfolge für die europäische Industrie und die Bürger ermöglichen.

gebracht. Er umfasst das Gesetz über kritische Rohstoffe und das Gesetz über die Netto-Null-Industrie. Damit werden die Produktionskapazitäten für neue Technologien und Produkte ausgebaut, die unsere Wirtschaft braucht. Diese Art von regulatorischer Stabilität und Vorhersehbarkeit unterscheidet die EU von vielen anderen Ländern und Regionen der Welt.

Parallel dazu arbeiten wir auch daran, dass niemand beim Übergang zurückgelassen wird und die Schwachen unterstützt werden. Der Klima-Sozialfonds ist ein gutes Beispiel. Durch den Innovationsfonds verfügen wir über ein leistungsfähiges Instrument, mit dem wir bis 2030 europaweit innovative Projekte mit rund 40 Milliarden Euro finanzieren werden. □

Die erste Schlüsselinitiative im Green Deal

Das europäische Klimagesetz war die erste Schlüsselinitiative im Rahmen des europäischen Green Deals. Es schafft die rechtlich verbindliche Grundlage für einen grünen Über-

Wopke Hoekstra

EU-Kommissar für Klimaschutz



Foto: European Union 2023

„Wir werden die Emissionen senken und Erfolge für die europäische Industrie und die Bürger ermöglichen.“



Eine verlässliche Partnerschaft

Deutschland ist Norwegens wichtigster Partner in Europa.

Seit zwei Jahrzehnten betonen norwegische Regierungen: Deutschland ist Norwegens wichtigster Partner in Europa. In dieser Frage herrscht parteiübergreifender Konsens. Unsere Beziehungen basieren nicht auf leeren Floskeln, sondern auf Respekt und gegenseitiger Anerkennung. Der deutschen und europäischen Wirtschaft bieten wir eine verlässliche Partnerschaft. Diese Verantwortung nehmen wir gemeinsam ernst. Gerade in Krisenzeiten haben wir dies unter Beweis gestellt, besonders nach dem russischen Angriff auf die Ukraine. Um die Gasexporte nach Deutschland um zehn Prozent zu steigern, arbeiteten unsere Unternehmen Tag und Nacht. Als gleichzeitig ein Streik in der Nordsee drohte, wurde dies durch konsequentes politisches Handeln verhindert. Dank norwegischer Gastanker und Technologie ermöglichten wir in kürzester Zeit die Einrichtung schwimmender LNG-Terminals. Dies zeigt die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Norwegen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Ich möchte Deutschland für diese konstruktive Zusammenarbeit danken – ein Dank, der auch der Opposition

gilt. Wir alle hoffen auf eine starke europäische Industrie und eine dynamische Wirtschaft, die zukunftssichere Arbeitsplätze schafft.

Energie und Nachhaltigkeit

Einerseits ist es unerlässlich, Wertschöpfungsketten zu erhalten, die für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit von autoritären Regimen wichtig sind. Andererseits müssen wir klarmachen, dass ohne eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung unsere Gesellschaftsverträge gefährdet sind. Wir befinden uns im Spannungsfeld multipler Krisen und zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik. Es liegt in unserer gemeinsamen Verantwortung, die Wurzeln dieser Gegensätze zu identifizieren und zu lösen. Dies ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ein Schlüssel zur Lösung liegt im Energiebereich: im Zugang zu Energie, ihrer Art und ihrem Preis. Dies ist entscheidend für die gesellschaftliche Akzeptanz und die Wettbewerbsfähigkeit und Überlebensfähigkeit der Wirtschaft.

Unzertrennlich durch Energie

Norwegen ist Deutschlands wichtigster Energielieferant. Daher sind

Deutschland und Norwegen schon heute unzertrennlich. Für die Zukunft müssen wir unsere Zusammenarbeit im Bereich der erneuerbaren Energien stärken. Kurzfristig kann nur Norwegen die notwendigen Mengen an blauem Wasserstoff liefern. Ohne blauen Wasserstoff ist ein schneller Hochlauf mit grünem Wasserstoff nicht möglich.

Laila Stenseng

Botschafterin des Königreichs Norwegen



Foto: Jens Schrickle

„Kurzfristig kann nur Norwegen die notwendigen Mengen an blauem Wasserstoff liefern.“

An dieser Stelle möchte ich dem Wirtschaftsrat und seinen Mitgliedsunternehmen für ihr Engagement für die CCS-Technologie danken. Nur mit CCS können wir unsere heimische Industrie erhalten und unsere Klimaschutzziele erreichen. □



Foto: AdobeStock@nmann7

Attraktive Rahmenbedingungen gefragt

Der Standort Deutschland spielt für Siemens Energy eine wichtige Rolle.

Siemens Energy ist entlang der gesamten Wertschöpfungskette der Energiewende aktiv, von der Erzeugung und dem Transport von Strom bis hin zur Anwendung von Wasserstoff. Wir bieten ein breites Spektrum an Produkten und Dienstleistungen an, darunter Gaskraftwerke, Windturbinen und Elektrolyseure. Mit rund 100.000 Mitarbeitern in über 100 Ländern weltweit ist Siemens Energy ein globaler Player mit starkem Fokus auf Innovation und Nachhaltigkeit.

Deutschland spielt für Siemens Energy eine wichtige Rolle. Mit über 26.000 Mitarbeitern in Deutschland ist das Unternehmen hierzulande ein wichtiger Arbeitgeber. In den letzten zwölf Monaten wurden rund 400

Millionen Euro in deutsche Standorte investiert. Siemens Energy investiert zudem den größten Teil seiner Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland. Wir sind also davon abhängig, dass Deutschland ein führender Industriestandort mit attraktiven Rahmenbedingungen bleibt. Ich nenne vier Beispiele für unsere Investitionsstandorte, die alle spezifische Vor- und Nachteile haben.

1. USA: Bau eines neuen Werks für Transformatoren. Die lokale Produktion bietet in den USA große Wettbewerbsvorteile, sie deckt den hohen Bedarf an Netzkomponenten. Vorteil: Wir haben extrem pragmatische Unterstützung vom Staat bekommen. Aber man muss auch ganz klar sagen: Die USA haben ein Riesenproblem mit der Verfügbarkeit von Arbeitskräften.

2. Indien: Grundsteinlegung für ein neues Transformatorenwerk. Kein Land verfügt über so viele hochqualifizierte und motivierte Arbeitskräfte. Jedes Jahr verlassen eine halbe Millionen

Ingenieure und eine Million IT-Absolventen die Universitäten. Allerdings steht Indien vor riesigen Herausforderungen bei seiner Infrastruktur.

3. Saudi-Arabien: Ausbau des Werks für Netzkomponenten. Hier erfreuen wir uns sehr langfristiger Planungs- und Investitionssicherheit. Saudi Arabien plant wie ein Uhrwerk und exekutiert. Für uns ist das ein Riesenvorteil, weil wir planen können, wie unsere Werke in fünf, sechs oder zehn Jahren ausgelastet sein werden.

4. Deutschland: Eröffnung der Elektrolyse-Fertigung in Berlin. Vorteil: Wir können innovative Technologien in einem Umfeld mit qualifizierten Mitarbeitern und vorhandener Infrastruktur testen. In Deutschland haben wir fantastische Mitarbeiter; und das erlaubt uns natürlich auch, etwas mehr auszuprobieren. Alle anderen Rahmenbedingungen sind jedoch schlechter als in anderen Ländern. Die Produktivitätsvorteile, die wir in den Werken in China, in Mexiko, in Indien haben, sind großartig. In den letzten drei Jahren haben wir in Deutschland dennoch mehr als dreieinhalbtausend Mitarbeiter eingestellt. □



Dr. Christian Bruch

Vorsitzender des Vorstands
der Siemens Energy AG

„Wir sind davon abhängig, dass Deutschland ein führender Industriestandort mit attraktiven Rahmenbedingungen bleibt.“

Foto: AdobeStock/Katerina Stepanova



Die Politik muss jetzt handeln!

Energie muss in Deutschland wieder bezahlbar werden.

Als ausgewiesener Wasserstoff-Fan sage ich ganz klar: Wasserstoff ist der Schlüssel zur Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung. Wir brauchen grünen Wasserstoff, um erneuerbare Energien weltweit transportfähig zu machen. Die aktuelle Bundespolitik gefährdet unsere Zukunft, indem sie Energie zu teuer macht und zu viel Geld für Soziales ausgibt, statt in die Wettbewerbsfähigkeit unserer Energie zu investieren.

Die versprochenen 5,5 Milliarden Euro, die den Anstieg der Netzentgelte dämpfen sollten, sind nicht eingehalten worden. Stattdessen werden Milliarden verschwendet, die wir für Energiezuschüsse benötigen würden. Wir müssen das Geld klug ausgeben, um unsere Energie wettbewerbsfähig zu machen. Unternehmen, die auf Elektroenergie umstellen, sollten Zuschüsse erhalten, aber es fehlt Geld im System.

Ein weiteres Ziel ist die Umstellung der Mobilität auf Wasserstoff. Die Spediteure würden gerne auf Wasserstoff-LKWs umsteigen, doch die Förderbescheide bleiben aus. Ich habe den Eindruck, dass die Grünen kein wirkliches Interesse am Erfolg

des Wasserstoffs haben, weil sie lieber fossile Brennstoffe besteuern, um das Bürgergeld zu finanzieren.

Es ist dringend notwendig, die Kosten zu senken und die Steuern für Unternehmen auf etwa 25 Prozent zu reduzieren. Die Einkommensteuer für Beschäftigte sollte ebenfalls gesenkt werden, und zwar mit einem Vorschlag für eine Steuerbefreiung in Höhe von 2.000 Euro pro Monat. Auch Überstunden sollten steuerfrei sein. Wenn wir diese Steuersenkungen vornehmen, fehlt das Geld an anderer Stelle, aber das ist notwendig, damit Deutschland wettbewerbsfähig bleibt.

Mitten in der Energiekrise in Bayern ein Kernkraftwerk abzuschalten, das 15 Prozent unseres Strombedarfs deckt, ist unverantwortlich. Wir müssen Tausende von Windrädern bauen, um diesen Ausfall zu kompensieren. Und das Wärmegesetz im letzten Jahr war der Knüller schlechthin! Auch die Diskussionen um den Rückbau des Gasnetzes sind verheerend und verunsichern Industrie und Privatpersonen. Die Menschen wissen nicht, ob sie in Zukunft mit Gas bauen dürfen oder auf Wärmepumpen umsteigen müssen. Das Vertrauen in die Politik ist erschüttert. Selbst wenn jetzt Förde-

rungen angeboten werden, zögern die Menschen. Dieses Zögern ist gefährlich. Und wenn wir noch ein, zwei Jahre warten, sind die anderen links und rechts an uns vorbeigezogen. Dann ist Schluss mit „good old Germany“.

Die Politik muss klare Zusagen machen und nicht die Industrie verunsichern. Wir brauchen ein politisches Bekenntnis zu bezahlbarer Energie und wir müssen sicherstellen, dass

Hubert Aiwanger MdL

Staatsminister im Bayerischen Ministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie



Foto: Redmilla Kerl

„Wasserstoff ist der Schlüssel zur Dekarbonisierung ohne Deindustrialisierung.“

Deutschland wettbewerbsfähig bleibt. Sonst verlieren wir unsere wirtschaftliche Grundlage. Es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder – dafür müssen wir jetzt die Weichen richtig stellen! □

TREND sprach exklusiv mit **Dr. Jörg Harren**, Geschäftsführer von Urenco Deutschland, darüber warum Deutschland auch nach dem Ausstieg aus der Kernenergie Hochtechnologiestandort auf dem Gebiet bleiben muss, über Technologieführerschaft und die Sicherheit der europäischen Energieversorgung.

Das Interview führte **Katja Sandscheper**.

– **Herr Dr. Harren, Sie leiten den deutschen Standort eines der wenigen verbliebenen Hochtechnologieunternehmen im Bereich der Kerntechnik. Wie ist es nach dem deutschen Ausstieg aus der Kernenergie um Ihre Branche bestellt?**

Tatsächlich blicke ich immer wieder in überraschte Gesichter, wenn ich die positive Branchenentwicklung und unsere ambitionierten Wachstumspläne in der Öffentlichkeit vorstelle. Obwohl im April 2023 das letzte deutsche Kernkraftwerk vom Netz ging, spielen Urenco und der Standort Deutschland eine entscheidende Rolle für die Energieversorgung der westlichen Welt. Doch wir sind mehr als der größte Urananreicherer zur Herstellung von Brennstoff für Kernkraftwerke in der westlichen Hemisphäre. Mit unserer Zentrifugentechnologie stellen wir auch andere Mate-

Alleine am deutschen Standort in Gronau wurde seit Inbetriebnahme der Anlage 1985 so viel Kernbrennstoff durch unsere Trennarbeit generiert, dass dies ungefähr dem Strombedarf der gesamten Bundesrepublik Deutschland von mehr als zehn Jahren entspricht. So sichern wir die Energieversorgung in 21 Ländern. Doch wir machen mehr: Kaum bekannt ist, dass das Volumen unserer jährlichen Verkäufe von Isotopen etwa zwei Millionen Patientenbehandlungen mit medizinischen Radioisotopen entspricht, welche in der Krebsdiagnostik und -therapie Anwendung finden. Unsere stabilen Isotope werden auch in der Halbleiterindustrie zur Produktion von Hochleistungs-Chips benötigt. Daneben investieren wir massiv in Forschung und Entwicklung und treiben mit unserem Tochterunternehmen ETC in Jülich die europäische Forschung zur

Warum Deutschland Hochtechnologiestandort der Kerntechnik bleiben

rialien für die Industrie und die Medizin her. Die Fähigkeit, beides zu können, ist eine strategische Schlüsselposition.

In Europa setzen viele Länder auf emissionsarme Kernenergie zur Erreichung ihrer Klimaziele. Auch wenn Deutschland einen anderen Weg gewählt hat, verfügen wir hier über wertvolles Knowhow, mit dem wir die Technologieführerschaft gegenüber anderen globalen Wettbewerbern behaupten. Auch die USA setzen auf Versorgung mit Kernbrennstoff von uns.

– **Nicht immer ist die Wertschöpfung eines Technologiekonzerns für Laien auf den ersten Blick verständlich. Geben Sie uns einen kurzen Einblick in die Arbeit von Urenco?**

Natürlich! Wir betreiben Hochleistungs-Gaszentrifugen, mit denen Isotope für Energie, medizinische und industrielle Anwendungen getrennt und angereichert werden.

Brennstoffversorgung und innovativen Nutzung der Zentrifugentechnologie voran. Damit sind wir der wichtigste Lieferant für Kernbrennstoff der westlichen Welt.

– **Russland spielte lange eine bedeutende Rolle in den nuklearen Lieferketten, auch für die westliche Welt. Wie stellt sich die Situation nach dem Angriff auf die Ukraine dar?**

Urenco hat schon Ende Februar 2022 die Geschäftsbeziehungen mit Russland eingestellt. Die westliche Welt steht allerdings vor der Herausforderung, dass Brennstoffe und eine große Bandbreite von Isotopen für industrielle und medizinische Nutzung bisher aus russischer Produktion kommen. Durch den russischen Einmarsch in der Ukraine hat vor zwei Jahren in vielen Bereichen ein Umdenken stattgefunden und einige Kunden sind auf der Suche nach einer vertrauenswürdigen alternativen Versorgung. Wir



Foto: Urenco Deutschland

„Alleine am deutschen Standort wurde seit 1985 so viel Kernbrennstoff durch unsere Trennarbeit generiert, dass dies ungefähr Deutschlands Strombedarf von mehr als zehn Jahren entspricht.“

merken, dass an unserem Auftragsbuch, das mittlerweile ein Volumen von rund 15 Milliarden Euro bis in die 2040er Jahre beinhaltet. Diese Nachfrage zu bedienen, ist eine Herausforderung. Entscheidend ist sowohl eine gute Instandhaltung unserer bestehenden Anlagen als auch ein Kapazitätsausbau unserer Produktionsstandorte. Darüber hinaus erweitern wir die Produktpalette an Isotopen für

brennstoff. In der neuen Industrieallianz für kleine modulare Reaktoren (SMR) vernetzt die EU ihre Industrie, Forschung und Politik. SMR können ab 2030 zur stabilen und emissionsfreien Versorgung mit Wärme und Strom in Europa beitragen. Die Niederlande haben sich energie- und klimapolitisch für den Neubau mindestens zweier Kernkraftwerke entschieden; andere Länder denken ebenso. Dem deutschen Beispiel des Ausstiegs ist niemand gefolgt. Italien, das 1986 den sofortigen Ausstieg beschloss, erwägt angesichts der klimapolitischen Herausforderungen wieder einzusteigen – eine echte Zeitenwende.

Den Ausstieg aus der Kernenergie sollte man daher keinesfalls mit der Entscheidung zum Verzicht auf die Technologieführerschaft in der friedlichen Nutzung der Nukleartechnologie gleichsetzen. Wir müssen den Fadenabriss beim nuklearen Know-How verhindern, damit wir als Volkswirtschaft und politischer Akteur handlungsfähig bleiben. Schließlich nimmt die Bandbreite nuklearer Anwendungen eher zu als ab. Vor diesem Hintergrund setze ich mich dafür ein, Urenco und die nukleare Technologieführerschaft als strategisches Asset der EU zu verstehen. Mithilfe von Urenco kann Deutschland seine

Hochtechnologiestandort muss

medizinische, industrielle und Forschungszwecke. Dazu braucht es allerdings in einer hochregulierten Branche mit langen Genehmigungsverfahren auch politische Unterstützung.

–Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat erst kürzlich ein klares Bekenntnis zur Nuklearenergie abgegeben. Wie sehen Sie das aktuelle politische Umfeld für die Nuklearbranche?

Der Blick auf die globale Bühne und nach Europa gibt Herrn Merz recht: Anders als Deutschland haben sich zahlreiche Länder, wie die USA, für die CO₂-arme Kernenergie entschieden. Auch in Europa sehen wir ein Bekenntnis zu dieser emissionsarmen Technologie. Im REPower-Programm fordert die EU ihre Mitgliedstaaten zur Diversifizierung und Sicherung der Energieversorgung auf – Urenco sichert die notwendige Versorgung mit Kern-

vertraglichen Verpflichtungen zur friedlichen Nutzung der Kernkraft erfüllen und zugleich die strategische Autonomie Europas unterstützen. Ich freue mich, dass die Politik zunehmend die Sichtweise teilt, dass wir das Momentum nutzen müssen und unser Unternehmen und die friedliche Nutzung der Kerntechnik am Hochtechnologiestandort Deutschland nicht zur politischen Disposition stehen. Gleichwohl steht das größte Industrieland Europas aufgrund seiner Energiepolitik vor großen Herausforderungen, die unbedingt angegangen werden müssen. □

Urenco

wurde 1970 von Deutschland, den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich im Rahmen des trilateralen Vertrags von Almelo gegründet, um mittels der im eigenen Konzern entwickelten Technologieanlagen zur Anreicherung von Uran zu bauen und zu betreiben. Dies dient vertraglich der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Urenco befindet sich bis heute mehrheitlich im Eigentum der Partnerstaaten, beschäftigt weltweit über 2.000 Mitarbeiter an vier Produktionsstandorten bei einem Jahresumsatz von 1,9 Mrd. Euro und beliefert 50 Kunden in 21 Ländern.

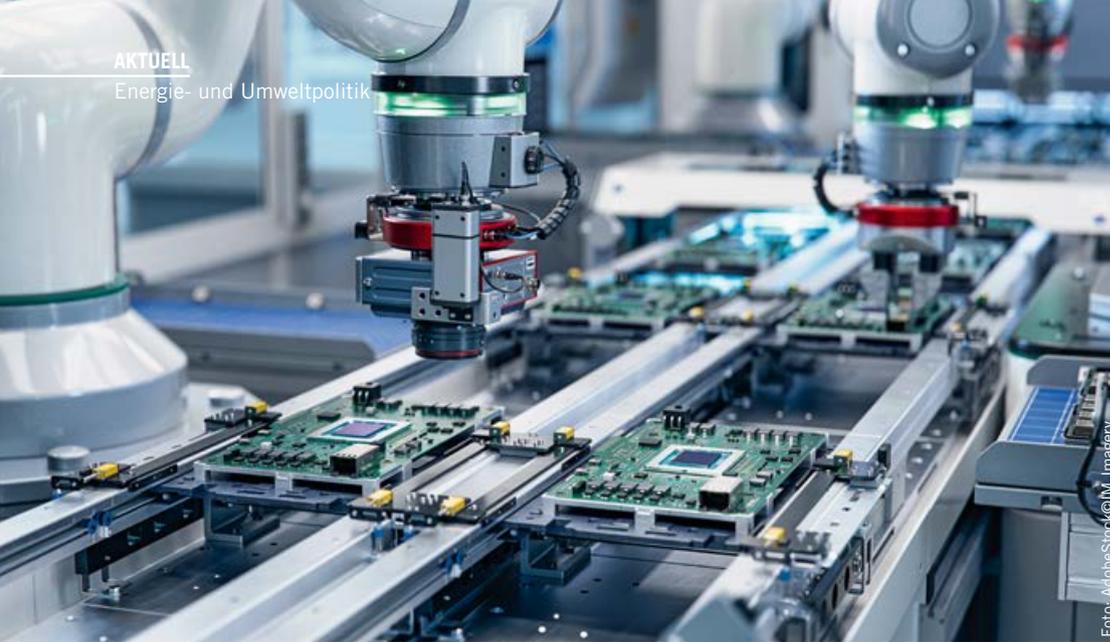


Foto: AdobeStock/IM Imagery

Europa und Deutschland müssen gemeinsam ein gutes Modell für die Energiewende liefern, das Nachahmer in der Welt findet.

Energiewende dringend meistern

Die Energiewende bietet Europa die einzigartige Gelegenheit, sich zu einem Vorreiter in der nachhaltigen Energieversorgung zu entwickeln. Wir haben in Europa ein großes Potenzial, Technologie- und Dienstleistungsexporte zu realisieren. Dabei liegt die Verantwortung nicht nur bei Deutschland, sondern bei allen europäischen Staaten. Gemeinsam müssen wir ein gutes Modell liefern, das auch Nachahmer in der Welt findet.

Die aktuelle Lage verdeutlicht die Dringlichkeit der Energiewende. Die

Staaten, die ein starkes, verarbeitendes Gewerbe haben, tun sich besonders schwer, aus dieser Krise herauszukommen. Hohe Energiepreise, Bürokratie und stockende Lieferketten hemmen die Industrie. Das sind Herausforderungen, die wir zu meistern haben. Die Energiepreise in Deutschland sind nicht die niedrigsten. Im energieintensiven produzierenden Gewerbe ist die Produktion zurückgegangen und hat sich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert. Wir wissen nicht, ob diese Produktion zurückkommt. Und das hängt natürlich auch an der Energiepolitik.

Europa muss strategisch handeln

Die Energiewende kann hier zu einer Verbesserung beitragen. Sektorkopplung ist das Stichwort: Wir müssen erneuerbare Energiequellen und komplementäre Technologien nutzen, um Prozesse direkt zu elektrifizieren. Hinzu kommt die Nutzung von Wasserstoff als Energieträger. Um die Energiewende erfolgreich zu gestalten, muss Europa indes strategisch vorgehen. Importe aus unterschiedlichen

Regionen sollten zügig vorangetrieben werden. Dabei gilt es, die Vorteile der Partnerländer zu berücksichtigen und Energieträger sowie Grundstoffe zu importieren, damit die komplexen Wertschöpfungsketten in der EU bleiben können.

Technologieoffenheit und Zusammenarbeit

Märkte hochlaufen lassen und technologieoffen agieren – das ist ein weiterer Schlüssel zum Erfolg. Europa muss verschiedene Technologien nutzen und gleichzeitig eng zusammenarbeiten. Europäische Kooperationen sind unerlässlich, um die Energiewende zu stemmen und die Chancen zu nutzen, die sie für Europas Zukunft bietet. Die Energiewende ist eine Mammutaufgabe, aber auch eine riesige Chance für Europa.

Mit vereinten Kräften und strategischem Vorgehen kann Europa zu einem Vorreiter in der nachhaltigen Energieversorgung werden und gleichzeitig seine Wettbewerbsfähigkeit stärken. Es ist an der Zeit, entschlossen zu handeln und Europas Zukunft aktiv zu gestalten. □

Foto: Sachverständigenrat



Prof. Dr. Veronika Grimm

Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg

„Märkte hochlaufen lassen und technologieoffen agieren – das ist einer der Schlüssel zum Erfolg.“



Vorreiterrolle einnehmen

Wenn wir wirtschaftlich stark sein wollen, müssen wir eine technologieoffene Gesellschaft sein.

Deutschland soll klimaneutral und wirtschaftlich stark sein. Auch bei der Erforschung und Entwicklung von Schlüsseltechnologien wie der Wasserstofftechnologie will das Land eine Vorreiterrolle einnehmen. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat deshalb seine internationalen Forschungs- und Innovationspartnerschaften zum Thema Wasserstoff gezielt ausgebaut.

Wir haben auch die Förderung zum Thema Sicherheit und Resilienz der Energienetze erhöht. Denn neben dem physischen Ausbau der Netze muss der Schutz der kritischen Infrastrukturen im Vordergrund stehen. Wir sind überzeugt, dass die Fortschreibung der Nationalen Wasserstoffstrategie dazu beiträgt, das Tempo zu erhöhen und gleichzeitig Unternehmen mehr Investitionssicherheit zu geben.

Als Vertreter des Forschungsministeriums möchte ich betonen, dass wir uns immer für Technologieoffenheit eingesetzt haben. Deshalb freue ich mich, dass der blaue Wasserstoff in der Strategie eine Rolle spielt. Der schnelle Hochlauf von Wasserstoff und manche Investitionskosten sehen in einer Excel-Tabelle ganz anders aus,

wenn man nicht nur grünen Wasserstoff verwenden darf. Das Ziel, grünen Wasserstoff zu nutzen, bleibt natürlich bestehen. Gleichzeitig muss man aber auch pragmatisch und technologieoffen vorgehen. Das ist zum Glück in der Wasserstoffstrategie verankert. Ein gutes Beispiel für langfristig strategisches Handeln ist das Leitprojekt H₂Giga, das Elektrolyseure zur Wasserstoffherzeugung zur Serienreife bringen soll. Fazit: Die Elektrolyseure werden kommen, Wasserstoff-Gaskraftwerke werden auch kommen.

Energie ist ein langfristiges Geschäft. Deshalb möchte ich auf unser Engagement in der Fusionsforschung eingehen. Technologieoffenheit ist auch hier das Stichwort. Wir sind stolz, dass das BMBF bis 2028 mehr als eine Milliarde Euro in die Fusionsforschung investieren kann. Denn auch andere Industrienationen wie Großbritannien, die USA und China sind hier aktiv. Ich bin überzeugt, dass es für Deutschland als Innovationsstandort sinnvoll ist, diesen Weg auch einzuschlagen. Viele exzellente Forscher und Start-ups hierzulande verdienen unsere Unterstützung.

Kritiker sagen, dass die Fusionsforschung unsere Probleme nicht lösen

wird. Wenn die Technologie in zehn oder zwanzig Jahren marktreif sei, sei es zu spät. Das ist zu kurzfristig gedacht. Niemand wird irgendwo ein Solarpanel abmontieren, nur weil jemand anderes versucht, eine Magnetfusion zum Laufen zu bringen. Es ist

Mario Brandenburg

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Foto: BMBF - Stefan Kugler

„Neben dem physischen Ausbau der Netze muss der Schutz der kritischen Infrastrukturen im Vordergrund stehen.“

politisch motiviert, das gegeneinander auszuspielen. Denn: Auch wenn wir nie ein Fusionskraftwerk bauen werden, sollten wir diesen Weg gehen. Es gibt nämlich viele Spillover-Effekte, zum Beispiel in der Optik, in der Lasertechnik oder im Anlagenbau. Und deshalb wird das BMBF die Fusionsforschung weiter fördern. □



Foto: AdobeStock© Appledesign

„Wir müssen endlich strategisch denken“

*Europa und Deutschland laufen der Zeit hinterher.
Wir müssen endlich erwachsen werden. Einzelne Sequenzen Klartext.*

Erhebliche Zeitverzögerungen offenbaren das Dilemma: Die Stromtrasse „Südlink“ für Bayern und Baden-Württemberg kommt nicht 2022, sondern erst 2029. Der Kohleausstieg klappt nicht 2030, sondern 2038 – frühestens.“

„Und die von mir sehr gemochte Stadt Augsburg will die Gasleitungen in wenigen Jahren abschalten. Was für eine Botschaft? Keine Strategie, sondern bestenfalls Naivität. Oder bei der „Westenergie“ – der großen Tochter der E.ON mit einem riesigen Gas- und

Infrastrukturnetz – was denken dort wohl gerade die Wirtschaftsprüfer bei der Abschreibung? Nein, diese deutsche Energiewende ist nicht wirklich auf gutem Weg. Abstiegsgefahr. Also Darmstadt 98 – mindestens.“

„2024 ist ein Wahljahr sondergleichen. 50 Prozent der Weltbevölkerung hat Wahlrecht. Wahlen liegen hinter uns: Pakistan, die Fake-Wahl in Russland, die Wahl in Taiwan. Wahlen liegen vor uns: Europa am 9. Juni und auch Belgien sowie am gleichen Tag in neun deutschen Ländern Kommunalwahl; unsere Landtagswahlen; Wahlen in Indien; und die wichtigste Wahl am 5. November in den USA zwischen Trump und Biden. Erst am 1. Dezember werden wir wissen, ob die Demokratie in diesem Jahr weiter gestärkt oder geschwächt ist. Im Kampf der Systeme – Demokratie versus Autokratie.“

„Und das ‚Reich des Bösen‘ ist erfolgreich unterwegs: Venezuela, Nicaragua, Syrien, Teile Libyens, Iran, Nordkorea, Russland. Und auch in China? Die Naivität, mit der wir dies

beobachten oder auch nicht, mit Gendersternchen-Debatten und so weiter, genügt den großen Gefahren in keiner Form.“

„In Europa bedaure ich, dass die Von-der-Leyen-Kommission zwar zu Beginn zugesagt hat, one-in-one-out also im Sinne von Bürokratieabbau und -vereinfachung ein Paragraf neu, ein alter weg. Die Bilanz aber lautet four-in-one-out. Die Corporate Sustainability Reporting Directive, Taxonomie 700 Seiten und dann das Lieferkettenrecht stehen für Bürokratie unendlich!“

„Die FDP hatte Recht, dass sie gegen das Lieferkettenrecht war. Nur ist früher das deutsche Votum in Brüssel um fünf vor zwölf aufgeschlagen, heute erst um fünf nach zwölf.“

„Wir müssen endlich erwachsen werden. Als Wirtschaft, in Sozialpartnerschaft mit Gewerkschaften und Betriebsräten, als Politik und immer mehr im großen europäischen Team. Kleiner wird bei den großen Fragen nicht wahrgenommen werden.“ □



Günther Oettinger

Vizepräsident
der EU-Kommission a.D.
Ministerpräsident a.D.

*„Dass Ökostrom billig ist,
ist ein Denkfehler!“*



Foto: AdobeStock©

Ambition und Leistung führen zum Erfolg

Was im Fußball gilt, gilt auch für unsere Gesellschaft

Es gibt zwei wesentliche Triebfedern und Leitbilder, mit denen wir Dinge erreichen können, die von der Jugend bis ins Alter Menschen intrinsisch motiviert, für Sachen einzustehen und eine Gesellschaft fortzuentwickeln. Es sind Ambition und Leistung. Sie sind nicht gekoppelt an ein Alter. Sie sind auch nicht gekoppelt an eine Herkunft. Sie sind auch nicht gekoppelt an ein Bundesland oder eine Stadt oder Land.

Sie sind auch nicht gekoppelt an die soziale Herkunft, sondern es sind Dinge, die uns ein System und Leitplanken eines Systems ermöglichen oder eben, wenn wir sie vernachlässigen, nicht mehr ermöglichen. Drei Gründe dafür, dass ich Positives versuchen möchte, auch mit Blick auf mein letztes Kapitel, nämlich die Europameisterschaft im eigenen Lande.

Der erste Punkt, warum ich diese positive Energie ein wenig hervorheben möchte, ist dass ich grundsätzlich ein positiv denkender Mensch und Charakter bin, der eher die Chancen sieht als die Risiken. Aber um mich geht es nicht. Es geht darum, welche Erfahrungen ich in Systemen gemacht habe, die man gemeinhin vielleicht für unbeweglich oder unveränderlich hält. Diese können trotzdem einen

enormen Entwicklungssprung machen können und in einen Zustand gebracht werden, der genau diese Wettbewerbsfähigkeit erlaubt, die es in unserem Land braucht.

Da rede ich über meinen eigenen Verein Eintracht Frankfurt. Wir kommen an den Punkt, den ich etwas ausführlicher darstellen möchte. Wir waren vor zehn, zwölf Jahren sehr zufrieden, wenn wir nicht abgestiegen sind und am Ende zwölfter oder dreizehnter in der Bundesliga geworden ist, die Kosten einigermaßen gedeckt hatte und ein Stadion mit rund 35.000 Zuschauern einigermaßen gut ausfüllen konnte.

Das war's. Und so ging es von Jahr zu Jahr weiter mit Friedhelm Funkel, einem tollen Trainer, der aber eher defensiv gedacht hat als wettbewerbsfähig und offensiv. Und als Eintracht Frankfurt dann einmal mehr dem Abstieg knapp entronnen ist, in der Saison 2015/ 2016, saßen wir am Abend vorher zusammen und es war wirklich ein fußballerisches Nahtoderlebnis, weil wir genau wussten, wenn wir absteigen, brauchen wir 30 Millionen am nächsten Tag, um die Lizenz zu erhalten.

Vor zehn, zwölf Jahren war das ein gewaltiger Betrag. Das ist es auch heute noch. Aber wie man an Hertha BSC

sieht, sind die Grenzen nahezu unendlich verschiebbar in dieser Frage. Aber 30 Millionen wären für uns tatsächlich ein erheblicher Berg gewesen, den wir hätten erklimmen müssen. Und wir haben uns gesagt: Das darf nie wieder passieren. Die Kernfrage war danach, wie schaffen wir es, die Gren-

Axel Hellmann

Vorstandssprecher
Eintracht Frankfurt AG



Foto: Eintracht Frankfurt

„Es war ein fußballerisches Nahtoderlebnis: Wir wussten, dass wir 30 Millionen Euro für die Lizenz brauchen, wenn wir absteigen.“

zen in diesem Klub so zu verschieben, dass wir in diese Situation nicht mehr kommen, dass wir wirtschaftlich mehr als stabil und zukunftsgewandt investieren können, dass wir europäische Wettbewerbsfähigkeit herstellen und dass wir auch als Klub nicht nur im Fußball und im Sport herstellen. Ambition und Leistung. □

Bayern ohne Bauern – nicht vorstellbar

Unsere Landwirtinnen und Landwirte sorgen nicht nur für sichere und hochwertige Lebensmittel. Sie erhalten die Einzigartigkeit und Schönheit unserer Landschaft und sichern die Grundlagen unseres Wohlstands.

Rund 179 Milliarden Euro und damit 14 Prozent aller Umsätze in Bayern erzielt die Land-, Ernährungs- und Forstwirtschaft. Jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt mit der Agrar- und Forstwirtschaft zusammen. Unsere Bauernfamilien sind standorttreue Unternehmerfamilien. Sie sorgen für Stabilität und Wirtschaftskraft im ländlichen Raum. Und der Tourismus, der auch eng mit unserer herrlichen Kulturlandschaft und den besten kulinarischen Produkten verbunden ist, erwirtschaftet noch einmal über 28 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung.

„Dass wir jeden Tag etwas zu essen auf unserem Teller haben, scheint selbstverständlich. Doch dem ist nicht so, wie Vielen in den Krisen andeutungsweise bewusst wurde. Unsere Landwirtinnen und Landwirte sind es, die tagtäglich für unsere Nahrung sorgen. Dafür gebührt ihnen höchster Respekt und Anerkennung.“

Die friedlichen Proteste der Bauern haben gezeigt, dass die Menschen hinter der Landwirtschaft stehen. Viele Branchen – Handwerker, Spediteure, Wirte, Metzger, der Verband der bayerischen Wirtschaft und viele Verbraucher – sind dem Beispiel der Bauern gefolgt. Die Landwirte gehen nicht auf die Straße, weil sie eine Vier-Tage-Woche oder mehr Geld für weniger Arbeit wollen. Nein! Sie wehren sich zu Recht gegen eine Politik aus dem Elfenbeinturm heraus, die ihnen immer mehr Vorschriften auferlegt und ihnen dann auch noch Geld in Höhe eines Monatsgehältes wegnimmt und sie damit im Wettbewerb mit den Nachbarländern und darüber hinaus massiv benachteiligt. Die Steuererhöhungspläne der Ampel – sie haben das ohnehin volle Fass zum Überlaufen gebracht.

Es muss ein echtes Umdenken in der Bundesregierung stattfinden, denn es geht längst nicht mehr nur um die Steuererhöhung beim Agrardiesel. Die Leistungsträger unserer Gesellschaft brauchen Rückhalt und Unterstützung – und sie brauchen Entlastung. Die Ampelparteien müssen einsehen, dass sie nicht länger unseren Standort Deutschland gefährden dürfen. Sie tragen eine enorme Verantwortung – denn werden Gespräche nicht offen

und auf Augenhöhe geführt, steht die Glaubwürdigkeit der Politik auf dem Spiel. Und das wiederum stärkt die radikalen Ränder.

„Bayern ist Vorreiter einer zukunftsfähigen Landwirtschaftspolitik. Was wir für eine produktive, ökonomisch tragfähige und zugleich umweltgerechte Landwirtschaft tun, macht kein anderes Bundesland in dem Umfang.“

Wie Politik auf Augenhöhe funktioniert, zeigen wir gerade aktuell beim Thema Bürokratieabbau – ein Problem, das die gesamte Wirtschaft umtreibt. Mir ist es ein Herzensanliegen, dass unsere Betriebsleiter wieder mehr Zeit für ihre eigentliche Arbeit im Stall und auf dem Feld haben, statt am Schreibtisch zu sitzen. Unter dem Motto "Einfach schafft Mehrwert – Gemeinsam für eine schlankere Bürokratie" haben wir in Bayern einen einzigartigen Prozess gestartet. Er beginnt mit einer breit angelegten Umfrage unter den bayerischen Bäuerinnen und Bauern – wir schreiben alle 100.000 Betriebe an. Sie haben die Möglichkeit, uns zu sagen, wo sie der Schuh drückt und sie die größten Belastungen sehen. Danach setzen sich Praktiker, Verwaltung und Verbände an einen Tisch und gehen in die Umsetzung. Das ist für uns echter Dialog auf Augenhöhe. Denn nur zusammen – mit den Perspektiven und Erfahrungen aller Beteiligten – können wir erfolgreich sein und unser gemeinsames Ziel, weniger Bürokratie, erreichen.



Michaela Kaniber

Bayerische Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

„Die Landwirte wehren sich zu Recht gegen eine Politik aus dem Elfenbeinturm.“



Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, die Land- und Forstwirtschaft, die ländlichen Räume und den Tourismus stark für die kommenden Jahrzehnte zu machen. Mit dem neuen Bereich Tourismus in meinem Ressort wächst zusammen, was zusammengehört. Bayern ist Tourismusland Nummer Eins in Deutschland. Landwirtschaft und Tourismus gehen schon jetzt eine starke Verbindung ein, etwa wenn es um regionale Vermarktung und Wertschöpfungsketten geht. Diese Synergieeffekte werden wir künftig noch weiter ausbauen und stärken. Gerade für den ländlichen Raum spielt der Tourismus eine wichtige Rolle, denn auch die Menschen vor Ort profitieren vom Ausbau der Infrastruktur. Aber der ländliche Raum muss auch attraktiv sein, für die Menschen, die dort leben und die Gäste aus Deutschland und vielen Ländern weltweit.

Als Landwirtschaftsministerin bin ich auch die Ministerin für den ländlichen Raum. Gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land – das ist schon seit jeher Maßgabe bayerischer Politik und

Verfassungsziel. Hier brauchen wir aber auch ein klares Bekenntnis des Bundes, dass ihm der ländliche Raum sprichwörtlich etwas wert ist. Leider kürzt der aber die Mittel für den ländlichen Raum. Wir in Bayern setzen dennoch weiter auf starke Instrumente und Initiativen der ländlichen Entwicklung wie die erfolgreiche Dorferneuerung und die integrierte ländliche Entwicklung zur Unterstützung von Gemeinden, die sich zur Zusammenarbeit entschieden haben.

Wie wir die Landwirtschaft für die Zukunft aufstellen möchten, zeigt unser Zukunftsvertrag, den die Bayerische Staatsregierung mit dem Bayerischen Bauernverband geschlossen hat. Mit diesem Vertrag sollen die Rahmenbedingungen für die Land- und Ernährungswirtschaft in Bayern mit gezielten Maßnahmen verbessert werden. Kern des Vertrags ist ein 10-Punkte-Programm mit insgesamt mehr als 60 Einzelmaßnahmen. Von der zukunftsfesten Weiterentwicklung von Tierhaltung und Pflanzenbau über Digitalisierung und Forschung bis hin zu Ernährung, Wassermanagement und

erneuerbaren Energien werden alle wichtigen Zukunftsthemen abgedeckt.

Unser Ziel: eine produktive, ökonomisch erfolgreiche und nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft, die Verbraucherinnen und Verbraucher auch in Zukunft mit ausreichend gesunden, hochwertigen und erschwinglichen Lebensmitteln versorgen kann und dafür auch die gebührende gesellschaftliche Wertschätzung erfährt.

„Die Landwirtschaft und auch die Ernährungswirtschaft brauchen aber auch von der Bundesregierung dringend ein Zeichen, dass sie gebraucht werden und gewollt sind.“

Uns muss immer bewusst sein: Die Unabhängigkeit bei der Lebensmittelversorgung von Importen aus Drittstaaten ist ein hohes Gut, das wir bewahren müssen. Und dafür brauchen wir starke bäuerliche Familienbetriebe. Wir dürfen uns nicht erpressbar machen. Es darf uns bei Lebensmitteln nicht so ergehen wie bei Energie und Medikamenten! Die souveräne Erzeugung von Lebensmitteln muss ein prioritäres strategisches Ziel der EU sein und bleiben. □



Foto: AdobeStock/Wolfliser

Eine immer stärkere Regulierung gefährdet, dass Deutschland sich auch in Zukunft selbst ernähren kann. Hinzu kommt, dass Verbraucher trotz anderer Lippenbekenntnisse am Ende eine sehr hohe Preissensibilität zeigen.

Gleiche Standards

Auch Wochen nach der Ankündigung der Bundesregierung zur Kürzung der Agrardieselsubventionen und der Streichung der Steuerbefreiung für landwirtschaftliche Kraftfahrzeuge klangen die Proteste der Landwirte nur langsam ab. Ein schnelles zurückrudern der Politik beim Agrardiesel konnte die Wogen nicht mehr glätten. Die Unzufriedenheit der deutschen Landwirte ist angesichts einer Vielzahl von Wettbewerbsnachteilen gegenüber ihren Mitbewerbern aus EU sowie Drittländern groß, wenn es um Produktions-, Tierhaltungs- und Standortbedingungen geht. Die deutsche Regierung prescht voran mit einer Mischung aus Sparzwang und nahezu unmöglich einzuhaltenden Vorgaben für die Landwirtschaft. Un-

ser Landwirte konkurrieren aber auch mit Landwirten aus dem internationalen Umfeld.

Die Einfuhr von Nahrungsmitteln aus Südamerika ist nur ein Beispiel dafür, wie die Regulierungen auf deutscher Seite unsere Landwirte in eine benachteiligte Position bringen. Pflanzenschutzmittel, die in Deutschland und der EU seit Jahren verboten sind, werden in Südamerika weiterhin in der Nahrungsmittelproduktion eingesetzt. Diese sind für den Verbraucher nicht zwangsläufig gesundheitsgefährdend und führen auf Seiten der Südamerikaner zu einem Kostenvorteil in der Produktion. Diese Preisdifferenz spiegelt sich dann auch in der Ladentheke wider. Das importierte Produkt ist zum Teil deutlich günstiger als das vergleichbare Pendant vom heimischen Landwirt.

Ein 2023 verfasster Entwurf der Bundesregierung zur Beschränkung der Ausfuhr dieser Pflanzenschutzmittel, dürfte den gewünschten Effekt verfehlen. Dieser beschränkt sich auf fertige Produkte, der Export des Wirkstoffs bleibt davon unberührt.

Auch bei Haltungsbedingungen und Tierschutz nehmen die deutschen Landwirte eine Vorreiterrolle ein, wie der Vergleich mit unseren EU-Nachbarn zeigt. Die erlaubte Besatzdichte bei Geflügel etwa in der Hähnchenmast, beträgt im Inland 39 Kilogramm je Quadratmeter. Rund 80 Prozent der deutschen Mastbetriebe beschränken sich jedoch bereits auf 35 Kilogramm. Die europäischen Mitbewerber dürfen mit 42 Kilogramm je Quadratmeter besetzen. Dies bedeutet, dass deutsche Geflügelmäster 17 Prozent weniger Tiere auf gleicher Fläche halten.

Noch eklatanter klaffen die Rahmenbedingungen bei der Haltung von Puten auseinander. Als eines der wenigen EU-Länder, die überhaupt eine Besatzdichte vorschreiben, plant das Landwirtschaftsministerium, diese noch weiter nach unten zu korrigieren.

Die Liste der Beispiele lässt sich für alle Bereiche der Nutztierhaltung fortführen – daher verständlich, dass die Fleischproduktion in Deutschland im siebten Jahr in Folge rückläufig ist. Insbesondere beim Schweinefleisch ist 2023 ein signifikanter Rückgang von sieben Prozent zum Vorjahr zu verzeichnen. Diese Entwicklung ist höchst bedenklich für die Fähigkeit Deutschlands sich selbst zu versorgen und führt zu einer Verschiebung der Fleischproduktion ins Ausland,



Andreas Rode

Vice President
Danish Crown Fleisch

Foto: Sandra Brahm

„Die deutsche Regierung prescht voran mit einer Mischung aus Sparzwang und nahezu unmöglich einzuhaltenden Vorgaben für die Landwirtschaft.“

wo Haltungs- und Produktionsbedingungen häufig auf einem niedrigeren Standard liegen und dazu schwer zu kontrollieren sind.

Die artgerechte Haltung von Nutztieren darf keinesfalls aus wirtschaftlichen Aspekten in den Hintergrund rücken. Produzenten, Verbraucher und Gesetzgeber müssen sich darüber im Klaren sein, dass höhere Standards nicht ohne höhere Kosten durchzusetzen sind. Zumindest vor dem Supermarktbesuch besteht diese Bereitschaft auf Seiten des Kunden – an der Kasse zeigt sich dennoch häufig ein anderes Bild.

Für diese Tatsache ist weder allein der Verbraucher, der Lebensmitteleinzelhandel noch der Landwirt verantwortlich zu machen. Diese „Geiz-ist-geil-Einstellung“ mit der gleichzeitigen Forderung nach einer nachhaltigeren Landwirtschaft ist, gepaart mit fortschreitender Regulie-

rung, die eigentliche Ursache für die Missstände, die für den wachsenden Unmut der Landwirte sorgen.

Eine deutsche Agrarpolitik, die versucht Wettbewerbsverzerrungen und Nachteile resultierend aus übermäßigen bürokratischen Auflagen und Vorschriften gleichzeitig mit Subventionen, Zuschüssen und Entschädigungen zu reparieren, wird keine Wirkung zeigen.

Auf Dauer können wir keinem Konsumenten erklären, dass er Steuern auf Produkte bezahlen muss – wie etwa der vom Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir geforderte Tierwohlcent – damit die deutschen Bauern neue Standards einhalten.

Der größte Teil der Landwirte und Verarbeiter ist schon heute gerne bereit (fast) allen Wünschen der Verbraucher nachzukommen. Was jedoch fehlt ist die Einsicht und Konsequenz von Politik, Lebensmitteleinzelhandel

und Verbraucher. Dort wo besondere Anforderungen gestellt werden, muss für und vor allem mit den Betroffenen auch eine Perspektive für deren Umsetzung geschaffen werden. Die deutschen Landwirte haben in der Vergangenheit gezeigt, wie durch wirtschaftliches Handeln und Raum für Entwicklungsmöglichkeiten eine hoch effiziente und zunehmend ressourcenschonende Produktion zur Ernährung der Bevölkerung sichergestellt werden kann. Diese komfortable Situation der Unabhängigkeit sollten wir nicht durch überbordende Bürokratie und Eingriffe in den Markt aufs Spiel setzen.

Um der gesamten Wertschöpfungskette der Agrar- und Ernährungswirtschaft eine Zukunftsperspektive zu geben, muss sichergestellt sein, dass national und international die gleichen Produktionsanforderungen im Einklang mit den Nachhaltigkeitskriterien gelten. □

DIE DEUTSCHE
AUTOMATENWIRTSCHAFT

Gib mir fünf: Die Regeln für ein faires Spiel.

Legale Spielhallen erkennt man
an fünf **Regeln:**

Zutritt nur ab 18 · Kein Alkohol
Geschultes Personal · **Verbraucherschutz**
Geprüfte Qualität



Für weitere Informationen
QR-Code scannen
automatenwirtschaft.de

AUS VERANTWORTUNG

FÜR DAS SPIEL

Vertrauen schaffen, Zukunft gestalten

Zahlreiche agrarpolitische Baustellen gibt es vor allem im Bereich der Tierhaltung. Die Ampel-Koalition läuft Gefahr, nicht nur die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland zu gefährden, sondern auch das gewünschte hohe Tierwohl.

Die zurückliegenden Monate haben gezeigt, dass unser demokratisches Selbstverständnis nicht nur global, sondern auch in vielen europäischen Ländern und hierzulande ernsthaft ins Wanken gerät. Wir stehen an einem Kipppunkt. Als überzeugte Europäer und Demokraten gilt es angesichts dessen, zusammenzustehen, für unsere Werte einzutreten und sich klar von jeglicher Radikalisierung sowie von Extremismus abzugrenzen. Gleichzeitig braucht es eine Politik, die Vorschläge aus der Praxis aufgreift und diese Expertise vermehrt in die Gesetzgebung einfließen lässt. Nur so können wir mit praxistauglichen Maßnahmen Zukunft gestalten und nur so kann unsere Gesellschaft wieder Vertrauen in die Politik gewinnen.

Aktuell scheint die Ampelkoalition sich dies aber noch nicht ernsthaft

zu Herzen zu nehmen. Zieht man eine Bilanz der zwei zurückliegenden Jahre, so drängt sich größtenteils Ernüchterung auf. Anstatt des angekündigten Fortschritts stolpert die Bundesregierung lediglich von einer Krise in die nächste. Ende 2023 fand diese Ansammlung an Krisen dann ihren vorläufigen Gipfel in der Haushaltskrise. Es ist nicht verwunderlich, dass die Pläne der Bundesregierung zur Streichung des Agrardiesels und der Kfz-Steuerbefreiung die Landwirte in Deutschland auf die Straßen gebracht haben. Eine Steuererhöhung in dieser Größenordnung für eine einzige Branche ist bisher beispiellos und unverhältnismäßig. Verbunden mit einem allgemeinen Gefühl geringer Wertschätzung, fehlender Planungssicherheit, immer mehr Auflagen und übermäßiger Bürokratie ist der Unmut in der Branche mehr als berechtigt.

Darauf haben wir als Deutscher Bauernverband gemeinsam mit den Landesbauernverbänden und Verbündeten aus der Agrarwirtschaft sowie befreundeten Branchen auch bei unseren Demonstrationen und Aktionswochen hingewiesen und erste politische Erfolge erzielt. Der große Zuspruch – sowohl von den eigenen Berufskol-



legen als auch aus der gesamten Gesellschaft heraus – zeigt, dass es nun dringend weiteres politisches Entgegenkommen braucht und weitergehende Entlastungen für die Landwirtschaft auf den Weg gebracht werden müssen. Gleichzeitig gilt es für unsere Branche – auch bei größtem Unmut – die Spielregeln des demokratischen Protests einzuhalten. Ansonsten schaden wir nicht nur unseren Anliegen, sondern auch dem Image des Berufsstandes.

Zahlreiche agrarpolitische Baustellen gibt es indes insbesondere im Bereich der Tierhaltung. Die Ampel-Koalition läuft Gefahr, nicht nur die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland zu gefährden, sondern auch das gewünschte hohe Tierwohl. Der Umbau der Tierhaltung hin zu noch mehr Tierwohl ist politisch so-



Joachim Rukwied

Präsident des
Deutschen Bauernverbandes

„Die Ampel-Koalition läuft Gefahr, nicht nur die landwirtschaftliche Tierhaltung in Deutschland zu gefährden, sondern auch das gewünschte hohe Tierwohl.“

wie gesellschaftlich gewünscht und auch die Tierhalter sind bereit, ihre Ställe umzubauen. Finanziell honorieren wollen dies aber weder die Verbraucher noch die Bundesregierung. Zwar wurden erste Bausteine im zurückliegenden Jahr gesetzt, ein vollumfängliches und in sich schlüssiges Gesamtprojekt steht jedoch nach wie vor aus. Unsere Forderungen



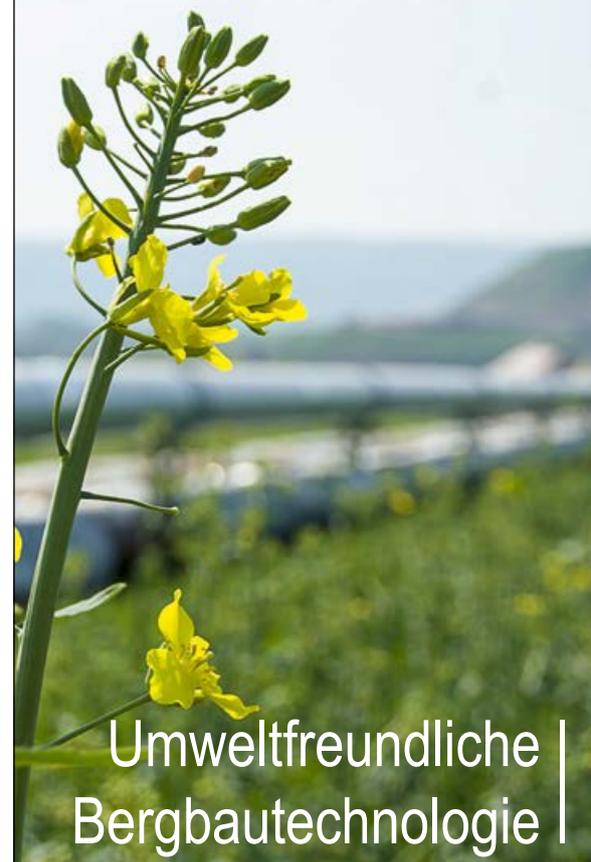
Foto: Jens Schicke

gen sind weiterhin aktuell: In erster Linie braucht es ein verbindliches und tragfähiges Finanzierungskonzept. Nach den lange von uns geforderten Anpassungen im Baurecht, braucht es nun zügig auch ein entsprechend angepasstes Immissionsschutzrecht, damit Tierwohlställe überhaupt gebaut werden können. Zudem bedarf es einer vollumfänglichen Haltungsform- und Herkunftskennzeichnung, damit die Verbraucher Transparenz beim Einkauf haben – auch hier muss noch nachgebessert werden.

Der Klimawandel mit seit Jahren zunehmenden Extremwetterereignissen und schwierigen Witterungsbedingungen belastet unsere Branche stark. Auch hier muss dringend gehandelt werden. Die Landwirtschaft ist bereit, beispielsweise über erneuerbare

Energien und Carbon-Farming noch mehr zum Klimaschutz beizutragen. Auch wirtschaften wir bereits jetzt im globalen Vergleich äußerst klimaschonend. Diese Klimaschutzdienstleistungen müssen aber auch entsprechend vergütet werden. Gleichzeitig braucht es neben wirkungsvollen Klimaschutzmaßnahmen zügig Lösungen, wie wir uns besser an die klimatischen Veränderungen anpassen können. Hier ist auch die Politik gefragt. Offenheit gegenüber modernen Züchtungsmethoden und digitalen Innovationen sowie eine gezielte Agrarforschung sind wichtige Bausteine auf diesem Weg. Darüber hinaus haben wir uns bereits 2021 dafür ausgesprochen, Ernährungssicherung und Klimaschutz als Staatsziele im Grundgesetz zu verankern – eine Forderung, die relevanter nicht sein könnte, denn gerade die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Ernährungssicherheit niemals als selbstverständlich angesehen werden darf.

Glücklicherweise standen unsere Betriebe trotz der großen Herausforderungen im vergangenen Jahr durchschnittlich auf wirtschaftlich standfesten Beinen. Die Unternehmensergebnisse weisen für das zurückliegende Jahr eine positive Entwicklung aus. Gleichzeitig müssen wir feststellen, dass die Preise bereits wieder im Sinkflug sind und die extreme Volatilität an den Märkten auch weiterhin eine Herausforderung bleibt, auf die es sich einzustellen gilt. Besonders fatal ist zudem, dass die Betriebe kaum mehr investieren – ein weiteres deutliches Zeichen, dass Planungssicherheit und Vertrauen in die Politik zunehmend fehlen. Die Entscheidung, den Agrardiesel zu streichen, hat diesen Vertrauensverlust noch intensiviert. Jetzt zu handeln und die Landwirtschaft zu entlasten, muss nun dringend weit nach oben auf der Agenda der Bundesregierung. Nur so lässt sich diese Entwicklung entschärfen. □



Umweltfreundliche Bergbautechnologie

- ökologischer Bergbau
- Gewinnung und Verarbeitung von Kali-, Magnesium- und Natriumsalzen
- professioneller Bergversatz
- Haldenrekultivierung

Deusa International GmbH
Nordhäuser Str. 2
99752 Bleicherode

T: +49 36338 67-0
F: +49 36338 67-103
E: info@deusa.de
<https://deusa.de>
<https://ndhe.de>





*Vorschriftenschungel
für Landwirte
endlich lichten.*

Foto: AdobeStock/Countrypixel

Die Vergessenen im Bürokratiegetriebe

Es vergeht kein Tag, an dem nicht Wogen der Entrüstung ob der wuchernden Bürokratie über das Land schwappen. Ganz vorn dabei sind die Lieferkettengesetze, neue Berichtspflichten und weitere Bürokratiemonster, die derzeit auf unsere Unternehmen einprasseln. Es ist richtig, sich gegen noch mehr Bürokratie zu wehren und erfreulich, dass das Wort „Entbürokratisierung“ wieder auf dem Schirm der Politik aufgetaucht ist.

Während aber Unternehmen und Transferleistungsempfänger oft im Vordergrund stehen, wird eine Gruppe im Diskurs um die Entbürokratisierung vergessen: Die Landwirte. Dass

man an sie denken sollte, liegt nicht in ihrer schlagkräftigen Protestkultur begründet, sondern weil sie lebenswichtig für Deutschland sind. Und wenn man schon an Unterstützung streicht, sollte man bei dieser essentiellen Branche an anderer Stelle entlasten.

Potenzial gibt es genug: Es gibt sehr viele Normen, die den Bauern regieren. Angefangen beim Tier-, Pflanzen- und Naturschutzgesetz über das Saatgutverkehrsgesetz, die Düngemittelverordnung, das Landwirtschaftsgesetz bis zu GLÖZ 1-9, hinter dem sich umfassende Grundsätze der Erhaltung landwirtschaftlicher Flächen in einem guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand verbergen. Etliche Sachkundenachweise etwa zur Schadnagerbekämpfung oder Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln sind erforderlich. Umbaupläne für Gebäude zur Erhöhung von Wirtschaftlichkeit, Tierwohl und Effizienz scheitern oft an langwierigen Genehmigungsverfahren. Das Tränkenwasser ist regelmäßig durch ein akkreditiertes Labor zu untersuchen, selbst wenn das Wasser aus der öffentlichen Wasserversorgung stammt.

Der Strick der Bürokratie liegt nicht nur dem Unternehmer, sondern auch dem Landwirt eng um den Hals. Die Folgen: Mit jeder zusätzlichen Norm bleibt weniger Zeit für das Kerngeschäft.

Zu guter Letzt will die EU-Kommission vorschreiben, was wo angebaut werden soll, und dass vier Prozent der Flächen stillgelegt werden sollten. Sich beständig verändernde Rahmenbedingungen machen Investitionsentscheidungen durch mangelnde Planungssicherheit nahezu unmöglich.

Da verwundert es nicht, dass von 2020 bis 2023 pro Jahr durchschnittlich 2.600 Betriebe schlossen. Unsere Landwirte sind mit Herzblut dabei – irgendwann jedoch, ist so ein Herz aber auch ausgeblutet.

Der dringende Appell an die Politik lautet, die Zeichen der Zeit nicht zu ignorieren, sondern die Bauern von Bürokratie zu entlasten. Die Landwirtschaft benötigt ein Belastungsmoratorium bei einer gleichzeitigen Entfesselungsoffensive, um unternehmerische Planbarkeit zu sichern. Denn am Ende gilt: Von Essen wird man satt. Von Paragraphen nicht. □



Astrid Hamker

Präsidentin
Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Foto: Jens Schicke

„Mit jeder zusätzlichen Norm bleibt weniger Zeit für das Kerngeschäft.“

Bildung in Deutschland mal neu denken?

Foto: AdobeStock@ehrenberg-bilder

In Zeiten des Fachkräftemangels sollten wir unsere Berufsschulen und unser Ausbildungssystem stärken statt nur den Fokus weiter auf das Abitur zu legen.

Wer sich die Statistiken der Schulabgänger in Deutschland anschaut erkennt ein klares Bild: 381.000 Schüler erhielten 2023 die Hochschulreife, 320.000 Schüler machten die mittlere Reife. 1950 erhielten nur drei Prozent eines Jahrgangs das Abitur, 2023 waren es rund die Hälfte des Jahrgangs. Genau dies ist der Casus knacksus unserer Bildungsproblematik.

Mit der Hochschulreife können die Absolventen Spaziergangswissenschaften in Kassel, Namensforschung an der Uni Leipzig oder auch Angewandte Freizeitwissenschaften in Bremen studieren, um nur ein paar fragwürdige Studiengänge zu nennen. Schon in den ersten Grundschultagen verkünden Eltern heute oft stolz, das passende Gymnasium sei gefunden. Auf einem der zahlreichen Projekttagge, an denen wir uns als Unternehmen beteiligen, erklärte ein Lehrer Schülern der neunten Klasse, wer bei uns keinen Erfolg hat, der müsse später bei „denen“ auf dem Bau arbeiten.

Die deutsche Wirtschaft benötigt dringend gut ausgebildete junge Menschen, die selbstbewusst mit Freude an ihre Arbeit gehen. Das gelingt umso besser, wenn sie praktische Erfahrungen in ihrer Ausbildung machen.

Natürlich gehören dazu auch eine ordentliche Bezahlung sowie Anerkennung und Wertschätzung. Genauso wichtig ist aber auch das gesellschaftliche Klima. Dies sollte Ausbildungsberufe mit ihren großartigen Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten positiv bewerten. Doch das kommt bei Eltern und jungen Erwachsenen kaum an. Wie schaffen wir die Aufwertung und Anerkennung aller Bildungs- und Berufsabschlüsse jenseits von Abitur und Hochschule?

Ein wichtiger Faktor sind starke Ausbildungsberufe. Nicht jede Tätigkeit muss als Studienfach ausgeschrieben sein. Unser Schul- und Ausbildungssystem bietet viele Möglichkeiten der Weiterbildung – diese Wege sollten schon ab der Grundschule erklärt werden. Viele Schüler und Eltern wissen gar nicht, welche Karriere- und Verdienstmöglichkeiten mit einer Ausbildung bestehen.

In Europa und anderen Teilen der Welt versucht man unser hervorragendes Ausbildungssystem nachzuahmen und investiert viel Geld und Zeit, um ähnliche Module zu entwickeln. Wir sollten diesen Vorteil nicht verspielen und im Gegenteil das System weiter stärken. Dazu gehören auch Schulabschlüsse ohne Hochschulreife.

Die Bildung der Neuzeit heißt nicht, dass Schüler 100 Gedichte auswendig lernen oder Latein perfekt beherrschen. Kompetenzförderung ist das Schlagwort der Zeit. Wichtig ist es junge Menschen zu befähigen, in unserer globalisierten Welt ihren Platz im Arbeitsmarkt zu finden. Hier muss mehr auf den Bedarf von Industrie und Mittelstand eingegangen werden. Es

Simon Zschau

Gesellschafter A.C.O.S.
Bergmann Ventures GmbH
und Stellvertretender
Bundesvorsitzender
Wirtschaftsrat der CDU e.V.



Foto: Simon Zschau

„Schon in den ersten Grundschultagen verkünden Eltern heute oft stolz, das passende Gymnasium gefunden zu haben.“

bedarf einer ausgewogenen Mischung von mehr Praxistagen im Studium, einer „Wirtschaftswoche“ im Austausch mit der Kultusministerkonferenz und eine engmaschige Absprache mit angepasster Zielsetzung. Davon haben alle etwas: die Wirtschaft, die Gesellschaft und die jungen Leute selbst. □



Vom Holzweg abbiegen

Der Hunger der globalisierten Wirtschaft nach Paletten ist unersättlich. Das ist wirtschaftlich unsinnig und ein unverantwortlicher Umgang mit der wertvollen Ressource Wald.

In Europa sind vier Milliarden Paletten im Einsatz, gut 500 Millionen werden jedes Jahr neu produziert, davon 300 Millionen als Einwegpaletten. Derweil die EU mit dem Verpackungsgesetz und Deutschland mit der Einweg-Kunststoff-Sonderabgabe den Verpackungsmüll, insbesondere aus Kunststoff, reduzieren möchten, steigt bei der wichtigsten Transporteinheit der Einweganteil an. Das ist ein wirtschaftlicher Holzweg und ein unverantwortlicher Umgang mit der wertvollen Ressource Wald. Gemeinsam mit Partnern haben wir eine Technologie entwickelt, um aus Kunststoffverpackungen, Altholz und anderen Stoffen Mehrweg-Recycling-Paletten herzustellen.

Im Schnitt fallen in Europa fast 180 Kilogramm Verpackungsmüll pro Kopf und Jahr an. 40 Prozent der Kunststoffe und 50 Prozent des Papiers werden in der EU zu Verpackungsmaterialien verarbeitet. Auch wenn laut Umweltbundesamt 2022 die dualen Systeme im Durchschnitt die gesetzlichen Ziele für das Recycling von Verpackungen erreicht und teils überschritten haben: Dies ist nur ein Teil der Wahrheit. Die Conversio-Studie der führenden Verbände der kunststoffverarbeitenden Industrie gibt an, dass gerade 13,7 Prozent als Rezyklat wiederverwertet werden.

In Deutschland werden sechs Millionen Kubikmeter Holz zu Paletten und Transportverpackungen verarbeitet. Das entspricht einem Viertel des Holzeinschlags. Die meisten Einwegpaletten landen beim ersten Empfänger im Abfall. Der Trend zu Holzhäusern, eine sich 2025 erholende Bauwirtschaft, Wegwerf-Konsumverhalten, die wachsende Bevölkerung und Wirtschaftsanktion gegen Holz liefernde Länder, lassen erwarten, dass der Rohstoff Holz knapper und teurer wird.

Für die Recycling-Mehrweg-Palette können neben Altholz nicht trennbare Sekundärrohstoffe wie Papier, Papierverbunde/Lebensmittel Leichtverpa-

ckungen, Verbundstoffe von Getränkeverpackungen, Glasfaser verstärkte Kunststoffe, PEX-Kunststoffe, aber auch nicht verwendete Vliesstoffe von Masken verwendet werden. Alternativ lassen sich auch Natur- und Kunstfasern, Textilien und nahezu alle Duo- und Thermoplaste verarbeitet werden. Durch den Einsatz von Altholz wird langfristig CO₂ gebunden und der Bedarf an Holz reduziert. Mischkunststoff und andere Sekundärrohstoffe können ohne energie-, kosten- und zeitaufwendigen Aufbereitungsprozess verwendet werden.

Gleichzeitig wird durch die Wiederverwertungsquote und deutlich geringen Produktionskosten bei gleichen Eigenschaften gegenüber Holzpaletten Geld eingespart. Dieser Kostenvorteil kann weitergegeben werden.

Zudem haben wir ein komplettes Kreislaufkonzept entwickelt. Auf einem Internetportal werden gebrauchte Mehrweg-Recycling-Paletten und Sekundärrohstoffe gehandelt, aber auch defekte Paletten oder Stoffströme zur Verarbeitung angeboten. Mit einem in die Palette integrierten RFID-Chip werden Standort, Material- und Rezepturstatus der Palette verfolgt und so Logistik und andere Prozesse optimiert. □



Willy Lutz
Geschäftsführer
Paletten Service Lutz GmbH,
Gründer und Geschäftsführender
Gesellschafter
Logistics Arts Production GmbH,
Logistics Arts GmbH

„Bei der wichtigsten Transporteinheit steigt der Einweganteil.“

„Statt Debatten ideologisch verengt zu führen, müssen Ökonomie und Soziales mitgedacht werden.“

Foto: Jens Schicke



Wolfgang Steiger

Generalsekretär des
Wirtschaftsrates der CDU e.V.

Wenn der Zusammenhalt von oben beschädigt wird

STANDPUNKT STEIGER

Unsere Gesellschaft driftet auseinander“, wird allenthalben beklagt. Wenn man in den Sozialen Medien anschaut, wie sich verschiedene Lager regelrecht bekriegen, wie Politiker körperlich bedrängt werden, oder welche Hass-Demonstrationen in der Corona-Zeit und kürzlich von Islamisten auf den Straßen stattfanden, dann kann man diese Diagnose teilen.

Mein Befund ist differenzierter: Im Gegensatz zu der Aufregung im Web, die oft auch künstlich manipuliert wird, und auch aus der Politik, stützt die Breite der Gesellschaft unsere Werte und will unser Land stärken und voranbringen. Die Zustimmung dazu wird regelmäßig abgefragt und auch der Ost-West-Vergleich spricht diese Sprache, wobei die Politik-Zufriedenheit freilich sinkt.

Ja, die Wahlergebnisse müssen Sorgen bereiten. Ist aber jeder, der AfD, die Wagenknecht-Partei oder Kleinparteien bei der Europawahl gewählt hat, ein „Nazi“, „Kommunist“, „Trumpist“, „Putinist“ oder schlicht „Spinner“? Da wäre ich sehr vorsichtig. Zum einen treiben solche Pauschalurteile durch Politik und Medien zusätzlich in die Arme von Populisten. Zum anderen sorgen sie für weitere Vertrauensverluste, weil sie die eigentlichen Absichten ganzer Wählergruppen als nicht legitim abqualifizieren.

Ich rede nicht um den „heißen Brei“ herum: Zwei Drittel der Wähler lehnen das Verbrenner-Aus ab, ebenso viele das Verbot fossiler Heizungen. Eine klare Mehrheit ist gegen das Abschalten der letzten Kernkraftwerke. Gendern von oben angeordnet, von

Medien befeuert und groteske Sprach-Stolpereien bis hin zu Tatorten der ARD verärgern zunehmend mehr Menschen. Und der „Elefant“ im Raum: Bis zu drei Viertel der Befragten wollen eine wirksame Begrenzung der Zuwanderung ohne echten Asylgrund.

Welche Antworten gibt aber die Bundesregierung: Halbherzige Maßnahmen gegen Armutsmigration, aber erleichterte Einbürgerung. Die Verbrenner-Technologie wird selbst für alternative Kraftstoffe gegenüber E-Mobilität diskriminiert. Kernkraftwerke werden abgeschaltet, lieber mehr Kohle verstromt. Das Gebäude-Energie-Gesetz wird durch Robert Habeck zum „Test“ deklariert, als müsste man die Resilienz der Menschen wie die von Banken prüfen.

Grundsätzlich ist Nachhaltigkeit mehr als Klimaschutz. Statt Debatten ideologisch verengt zu führen, müssen Ökonomie und Soziales mitgedacht werden. Besonders für die junge Generation bedeutet Nachhaltigkeit aber noch mehr: Versorgungs- und Arbeitsplatzsicherheit, Chancen zu Aufstieg und Eigentumsbildung. Die Corona-Pandemie hat einer ohnehin schon geforderten Generation noch weitere Bürden auferlegt. Sozialversprechen der Vergangenheit und Gegenwart müssen sie in der Zukunft auch für geburtenstarke Jahrgänge erfüllen. Das jüngste Rentenpaket erweckt den Eindruck, als gäbe es kein Morgen mehr.

So wird durch eine chaotische Politik nicht nur der gesellschaftliche Zusammenhalt an sich beschädigt, sondern auch ein Bruch zwischen den Generationen befördert. □

■ ■ ■ NEUES AUS DEN KOMMISSIONEN ■ ■ ■

ENERGIE

Highlight-Talk mit RWE-Chef Dr. Markus Krebber



Die deutsche Energiepolitik ist eines der großen Mammutprojekte der Ampelregierung. Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit von Strom und der Schutz des Klimas sind hierbei die tragenden Säulen und müssen Hand in Hand gehen. In der Highlight-Videokonferenz des Wirtschaftsrates sprach Moderator Jens Henning Fischer mit dem Vorstandsvorsitzenden der RWE AG, Dr. Markus Krebber, über genau diese Themen und wie die RWE AG als einer der größten Energieerzeuger Deutschlands, ihren Beitrag zum Vorhaben der Ampel leistet.

Dr. Markus Krebber bekräftigt das klare Commitment der RWE AG zur Dekarbonisierung und skizzierte die umfangreichen Investitionen des Konzerns in erneuerbare Energien. Auch der vorgezogene Ausstieg aus der Braunkohle 2030 sei für RWE unverrückbar. Das Unternehmen werde sich darüber hinaus im Rahmen der Kraftwerkstrategie der Bundesregierung für den Bau von wasserstofffähigen Gaskraftwerken bewerben, sofern die Ausschreibungsbedingungen dies möglich machten. Dr. Markus Krebber wies aber auch darauf hin, dass die Zeit für die Planung und den Bau dieser Kraftwerke immer knapper werde. Über 600 Mitglieder verfolgten die einstündige Videokonferenz live im Netz und sorgten mit ihren über 70 Fragen über den Chat für einen interaktiven Diskurs. □

Foto: Wirtschaftsrat

ARBEITSMARKT UND ALTERSSICHERUNG

Alterssicherung – ja! Aber nicht um jeden Preis.

Die Wirtschaftswende ist eines der großen Sorgenkinder der Ampel-Koalition. In der Bundesfachkommission Arbeitsmarkt und Alterssicherung standen angesichts des Fach- und Arbeitskräftemangels in Deutschland deshalb Themen wie die Steigerung der Arbeitsanreize, die Stärkung der Arbeitskräftebasis durch eine höhere Frauenerwerbsquote sowie die Notwendigkeit einer langfristig höheren Geburtenrate im Fokus. Während der Sitzung war einer der größten Kritikpunkte der Kommissionsmitglieder der enorme Anstieg der Kosten für die Alterssicherung, sofern das Rentenniveau langfristig auf eine Untergrenze von 48 Prozent festgelegt werde und Struktur-reformen ausblieben. Umso bedeutender werde das Renteneintrittsalter, um Einzahlungen und Auszahlungen des Rentensystems im Lot zu halten. Der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion Dr. Lukas Köhler MdB versichert, der vorliegende Gesetzentwurf zum Rentenpaket II müsse noch deutlich hin zu mehr Tragfähigkeit angepasst werden, damit dieser für die FDP zustimmungsfähig sei. Auf Nachfrage nach der Umsetzung der Vorschläge der Fokusgruppe Altersvorsorge erläutert Dr. Lukas Köhler MdB, diese sollten im Rentenpaket III aufgegriffen werden, das sich aktuell in der Ressortabstimmung befinde. Ein entsprechender Gesetzentwurf sei für den Zeitraum Frühsommer bis Sommer zu erwarten. □



Foto: Hans Christian Plambeck

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

Wirtschaftsrat überreicht Positionspapier zur KI-Regulierung an hessische Digitalministerin

Technologieoffenheit ist der Hebel für wirtschaftlichen Wohlstand und Fortschritt. Künstliche Intelligenz ist hierbei die große Chance für neue technologische Errungenschaften und Produktivität. Nachdem die europäische KI-Verordnung beschlossen ist, gilt es jetzt eine unternehmens- und chancenorientierte Umsetzung in Deutschland zu forcieren. Die Mitglieder der Bundesfachkommission Künstliche Intelligenz und Wertschöpfung 4.0 im Wirtschaftsrat kamen auf der Hannover Messe zusammen, um Präsenz zu zeigen und mit hochkarätigen Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft über die Anliegen der Wirtschaft zu sprechen.

Die Kommission unter dem Vorsitz von Christian Korff, Mitglied der Geschäftsführung bei Cisco Deutschland, überreichte auf der Messe der hessischen Digitalministerin Prof. Dr. Kristina Sinemus ein Fünf-Punkte-Papier zur Umsetzung einer KI-Regulierung. Gemeinsam mit der Minis-



terin war man sich einig: Es braucht eine chancenfreundliche und im höchsten Maße europakompatible Umsetzung der Regulierung. Das Ziel muss sein, die Anwendung von KI-Technologien in der Wirtschaft nicht nur zu fördern, sondern zu beschleunigen. Nach dem Austausch mit Prof. Dr. Sinemus hat die Bundesfachkommission den Austausch mit ausgewählten Unternehmen an den Ständen der Hannover Messe fortgesetzt. Mit Anbietern von KI-Lösungen, aber auch Anwendern aus der Industrie konnten die relevanten Themen – KI und Daten – erörtert, und die Potentiale von Technologien für Geschäftsmodelle und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen veranschaulicht werden. Die Präsentationen und Gespräche stießen auf großes Interesse aller Teilnehmer, die Unternehmen begrüßten die Präsenz des Wirtschaftsrates vor Ort bei der wichtigsten Industriemesse Deutschlands. □

Foto: Wirtschaftsrat

HANDEL, ERNÄHRUNG, VERBRAUCHERSCHUTZ

Lieferkettenproblematik im Fokus

Entwaldungsfreie Lieferketten sind eine der großen Herausforderungen des modernen Handels, nehmen aber gleichzeitig auch die Ernährungswirtschaft in eine neue Sorgfaltpflicht. In der Bundesfachkommission Handel, Ernährung und Verbraucherschutz wurde diese Lieferkettenproblematik zum Hauptthema gemacht. Betroffene Unternehmen müssen sicherstellen,

dass in Verkehr gebrachte relevante Rohstoffe oder Erzeugnisse entwaldungsfrei sind, gemäß den Rechtsvorschriften des Erzeugerlandes erzeugt wurden und dafür eine Sorgfaltsklärung vorliegt nach Art. 3 EUDR – anderenfalls besteht ein Verkaufsverbot. Die Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ist die zuständige Aufsichtsbehörde und

führt Kontrollen bei Marktteilnehmern und Händlern durch.

Weiterhin kritisierte die Kommission gegenüber Dr. Gero Hocker MdB, dem Sprecher für Landwirtschaft und Ernährung der FDP-Bundestagsfraktion, dass die technischen Voraussetzungen zur Meldung der Geodaten fehlten und der Zeitplan der EU zur vollständigen Implementierung des IT-Systems mit zwei Wochen vor Inkrafttreten, wesentlich zu knapp bemessen sei. Die Hauptforderung der Teilnehmer der Bundesfachkommission: Die Übergangszeit müsse um mindestens 24 Monate verschoben werden. □



Foto: Kruppa

HIGHLIGHT-TALK

Friedrich Merz MdB und Dr. Carsten Linnemann MdB stellen sich den Fragen der Unternehmer

In einer Highlight-Videokonferenz des Wirtschaftsrates bekamen die Mitglieder ein „Zwei für Eins“-Paket an hochkarätigen Gästen – den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz MdB und seinen Generalsekretär Dr. Carsten Linnemann MdB. Beide sprachen über die programmatische Neuausrichtung der Union.

„Die CDU ist marktwirtschaftlicher und konservativer geworden und das ist auch gut so“, attestierte Dr. Carsten Linnemann der Union und führte die deutlich besseren Umfragewerte ins Feld, die kein Vergleich mehr seien zur katastrophalen Wahlpleite von 2021. Das erklärte Ziel der Christdemokraten für die Wahl 2025 sei deshalb klar: absolute Mehrheit erringen.

Dr. Linnemann erklärte, dass das Grundsatzprogramm der CDU mit der SPD und den Grünen nicht umsetzbar und eine Koalition mit der AfD definitiv ausgeschlossen sei. „Wir stehen mit unserem neuen Grundsatzprogramm für die drei Kernwerte Technologieoffenheit, Leitkultur und Soziale Marktwirtschaft“, sagt der CDU-Generalsekretär. So solle die Rolle des Staates darin bestehen, Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen sich technologische Entwicklungen frei entfalten könnten. Der Wiedereinstieg



Foto: Tobias Koch, Carsten Linnemann

SICHERHEIT UND VERTEIDIGUNG

Investitionen in Sicherheit sind zwingend

In einer Welt, die zunehmend von Konfrontation geprägt ist, ist unsere globale Präsenz essenziell, um unsere Interessen durchzusetzen. Die Bundesarbeitsgruppe Sicherheits- und Verteidigungspolitik tauschte sich deshalb mit dem Staatsminister des Auswärtigen Amtes, Dr. Tobias Lindner MdB, und Roderich Kiesewetter MdB, dem Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Auswärtigen Ausschuss, aus. Dr. Tobias Lindner mahnte, dass Deutschland deutlich mehr in seine Sicherheit investieren müsse und betonte, dass Investitionen in die Bundeswehr nur ein Teil des notwendigen Sicherheitsbedarfes decken würden. Der Schutz vor Desinformationen im In- und Ausland sowie der Aufbau einer gesamtgesellschaftlichen Resilienz müssten ebenfalls gestärkt werden. Vor allem digitale Angriffe seien das Hauptproblem, dem sich Deutschlands Sicherheit zu stellen habe.

Roderich Kiesewetter MdB hob die Neuvermessung der geopolitischen Außen- und Sicherheitspolitik hervor. Der Westen habe mit der „CRINK“-Allianz, einem Zusammenschluss aus China, Russland, Iran und Nordkorea, einen großen Feind. Schlüsselfigur hierbei sei Russland mit seinen Spaltungsversuchen für NATO und Gesellschaft. „Die größte Bedrohung liegt in unserer eigenen Unfähigkeit, dieser Allianz mit Einigkeit zu begegnen“, erklärt Kiesewetter. Nur mit einer gemeinsamen Strategie als Allianz regelbasierter Staaten, kann sich der Westen gegen „CRINK“ effektiv verteidigen. □



Foto: Tobias Koch, Elias Keilhauer

in die Kernenergie sei in diesem Zusammenhang der richtige Schritt. Zudem könne eine Gesellschaft ohne eine Leitkultur, an der sie sich orientiere, nicht überleben.

Nach Carsten Linnemanns Impulsen wurde der metaphorische Staffstab an Friedrich Merz weitergereicht. Der CDU-Vorsitzende betonte, dass die Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit oberste Priorität habe und Deutschland vor allem an drei Hebeln ansetzen müsse. Erstens müsse die Energiekrise gelöst werden. Eine Senkung der Energiesteuern sei das Gebot der Stunde. Außerdem müsse Deutschland alle verfügbaren Energiequellen nutzen. Um Bürokratie abzubauen, sei außerdem eine Reduzierung der Berichtspflichten notwendig. Zudem müssten EU-Richtlinien ohne zusätzliche Bürokratie und Vorgaben auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Als letzten wichtigen Punkt nannte Friedrich Merz MdB die Verlässlichkeit der politischen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft. „Die deutsche Wirtschaft kann viel aushalten. Die Unzuverlässigkeit der politischen Rahmenbedingungen, Richtlinien und Verordnungen, weil sie sich ständig ändern, kann die Wirtschaft aber nicht verkraften. Das ist Gift für die Unternehmen“, so Merz. □



Auf dem Jungen Wirtschaftstag diskutieren junge Unternehmer aus ganz Deutschland mit Vertretern aus Politik und Wirtschaft die Themen, die ihnen unter den Nägeln brennen.

Junger Wirtschaftsrat kritisiert Rentenpaket II

Der Junge Wirtschaftsrat forderte auf seinem Jungen Wirtschaftstag eine Kurskorrektur in der Rentenpolitik. „Der SPD-Wahlkampfeslogan ‚Respekt für Dich‘ ist zur völligen Farce verkommen. Die ehrliche Variante wäre: ‚Respekt für die über 60-Jährigen und alle anderen sind uns wurscht‘“, sagte die wiedergewählte Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach. „Das Rentenpaket II ist ein Schlag ins Gesicht für junge Unternehmer und Erwerbstätige. Die Kosten der demografischen Entwicklung einseitig bei denen abzuladen, die keinerlei Schuld an dem desaströsen Zustand der

„Die junge Generation ist nicht der Goldesel der Republik.“

Bundesvorsitzende Caroline Bosbach

Rentenkassen tragen, ist mehr als unfair und lässt Zweifel am Generationenvertrag aufkommen. Es ist offensichtlich, dass es den Ampelpolitikern ausschließlich um kurzfristige Wahlerfolge bei älteren Wählern geht. Eine gerechte Lösung sieht anders aus.“

Auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland befürchtet Caroline Bosbach harte Wohlstandseinbußen. „Es ist unverantwortlich, wie die Bundesregierung dadurch auch die Kosten für Arbeit immer weiter in die Höhe treibt. In Deutschland produzierende Unternehmen leiden bereits

an einem international nicht mehr wettbewerbsfähigen Energiepreis, die Wirtschaft insgesamt an überbordender Bürokratie und der schleppend voranschreitenden Digitalisierung. Investoren haben deshalb immer weniger Lust auf den Standort Deutschland. Die rasant steigenden Arbeitskosten werden diesen Trend weiter verschärfen mit massiven Auswirkungen auf Wachstum und Wohlstand in unserem Land“, warnte Caroline Bosbach.

Auf dem Jungen Wirtschaftstag wurde der Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates neu gewählt. Neben der wiedergewählten Caroline Bosbach komplettieren der Unternehmer Simon Zschau, Gesellschafter und Prokurist der ACOS Bergmann Unternehmensgruppe und Thomas Duesmann, Leiter des Projektmanagements bei Steinway & Sons, als stellvertretende Bundesvorsitzende den Vorstand.

Der Junge Wirtschaftsrat ist die Plattform für den Dialog zwischen Wirtschaft und Politik. Er rekrutiert seine Mitglieder aus Führungskräften und Unternehmern bis 35 Jahre, die gesellschaftliches Engagement in enger Anbindung an politische Entscheidungsträger umsetzen wollen. Als Denkfabrik erarbeiten die über 800 Mitglieder des Jungen Wirtschaftsrates Lösungsvorschläge und Forderungen der jungen Generation und kommunizieren diese an politische Entscheidungsträger aller Parteien. Neben der persönlichen Vernetzung der verschiedenen Generationen innerhalb des Wirtschaftsrates fungiert die Jugendorganisation des Wirtschaftsrates vor allem als kreative Ideenschmiede. □



Fotos: lens Schicke

Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik 2024

„In welche Technologie soll ich investieren?“ Diese Frage stellen sich Unternehmer aus allen Branchen dieser Tage. Die Wirtschaft hat ihre Investitionen aufgrund der hohen Energiepreise in fast allen Bereichen deutlich zurückgefahren, weil viel Unsicherheit über die weitere Entwicklung herrscht. Die vielfach gleichgelagerten Probleme energieintensiver Unternehmen muss die Politik beschäftigen, damit diese Branchen nicht ins Ausland abwandern.

Bereits zum 22. Mal lud der Wirtschaftsrat deshalb die Spitzen der Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu seiner Klausurtagung Energie- und Umweltpolitik in Berlin ein. Die rund 200 Geschäftsführer und Vorstände von Unternehmen aus allen Bereichen der Energiewirtschaft und Industrie diskutierten ernsthaft und engagiert, in welche Richtung die Energiewende in Deutschland gehen sollte, damit Strom sicher, bezahlbar und nachhaltig sein kann.

„Nur wenn wir Klimaschutz und Wohlstandserhaltung miteinander kombinieren, werden andere Volkswirtschaften sich uns anschließen und uns folgen.“

Astrid Hamker

Präsidentin des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

„Wir werden die Emissionen senken und Erfolge für die europäische Industrie und die Bürger ermöglichen.“

Wopke Hoekstra

EU-Kommissar für Klimaschutz (s. S. 24)

„Wir brauchen eine kluge Energiepolitik für Deutschland. Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit – das Dreieck ist legendär. Aber derzeit ist Nachhaltigkeit ideologisch im Mittelpunkt, Versorgungssicherheit mit Fragezeichen, Bezahlbarkeit mit zwei Fragezeichen.“

Günther H. Oettinger

EU-Kommissar a. D. und Ministerpräsident a. D. (s. S. 32)

„Als Physiker bin ich überzeugt, dass Wasserstoff eine Schlüsselrolle bei der Energiewende spielen wird. Ohne diesen Energieträger und seine Derivate ist eine erfolgreiche Transformation der Energiesysteme kaum vorstellbar.“

Till Mannsmann MdB

Innovationsbeauftragter „Grüner Wasserstoff“ im Bundesministerium für Bildung und Forschung



Fotos: Jens Schlicke

Die Energiepolitik in Deutschland ist ein zentrales Thema, das viele Unternehmen vor existenzielle Fragen stellt. Die Herausforderungen sind vielfältig und der Ruf nach einer Neuausrichtung wird immer lauter. Vor diesem Hintergrund sieht sich der Wirtschaftsrat gefordert, auf seiner traditionellen Energieklausur einen konstruktiven Austausch zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft zu organisieren, um gangbare Lösungen auszuloten.



„Wir sind bei der Elektromobilität zu stark von China abhängig. Die Unternehmen haben es in der Hand, ihre Bezugsquellen zu diversifizieren.“

Dr. Erik Eschen

Geschäftsführer, Vacuumschmelze GmbH & Co. KG

„Für gelungene marktwirtschaftliche Transformationen gibt es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte eindrucksvolle Beispiele. Deshalb mein Appell: Ohne Marktwirtschaft kann und wird die Transformation nicht gelingen!“

Wolfgang Steiger

Generalsekretär des Wirtschaftsrates der CDU e.V.

„Die Energiewende ist eine Mammutaufgabe, aber auch eine riesige Chance für Europa.“

Prof. Dr. Veronika Grimm

Mitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Professorin für Energiesysteme und Marktdesign an der Technischen Universität Nürnberg (s. S. 30)

„Technologieoffenheit ist entscheidend für die Dekarbonisierung des Wärmesektors.“

Daniel Föst MdB

Mitglied im Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen, FDP-Bundestagsfraktion

„Die Bundesregierung ignoriert die aktuelle Situation in der Wirtschaft und will die Realität nicht wahrhaben.“

Fabian Gramling MdB

Mitglied im Ausschuss für Klimaschutz und Energie, CDU/CSU-Bundestagsfraktion

„Wir brauchen Unterstützung durch die Politik: durch klare und verlässliche Rahmenbedingungen.“

Anna Jasper-Marten

Geschäftsführerin, E.ON Energy Infrastructure Solutions Deutschland

„Wir sind davon abhängig, dass Deutschland ein führender Industriestandort mit attraktiven Rahmenbedingungen bleibt.“

Dr. Christian Bruch

Vorsitzender des Vorstands der Siemens Energy AG (s. S. 26)

Text: Jan Ulrik Heydorn

Wer Sirko Scheffler trifft, hat einen ruhigen Mann vor sich, der sich jede Antwort gut überlegt. Diese Verbindlichkeit kommt nicht irgendwo her: als Geschäftsführer eines IT-Unternehmens aus Merseburg, das sich auf die Digitalisierung der Verwaltung spezialisiert hat, ist eine 110-prozentige Arbeitsweise nicht verhandelbar. Den Wirtschaftsinformatiker zeichnet zudem eine große Heimatverbundenheit aus. Nur für

seinen Zivildienst hat er seine sächsisch-anhaltinische Heimat für längere Zeit verlassen. Doch gerade weil ihm die Welt offen stand, hat er sich dafür entschieden, bei der eigenen Existenzgründung voll auf die Stärken der Heimat zu bauen.

Für Sirko Scheffler ist Sachsen-Anhalt ein lebendiges und innovationsfreudiges Land. Sein Ziel als Landesvorsitzender im Wirtschaftsrat ist es, seine Heimat als Wirtschaftsstandort attraktiver zu gestalten und innovative Köpfe zur Ansiedelung zu bewegen. Das ist angesichts einiger Heraus-

forderungen aber kein Selbstläufer. Das Land steht mit einem doppelten Strukturwandel vor großen Umwälzungen. Zuerst ist da die Digitalisierung, an der der IT-ler aus Merseburg selbst an vorderster Front alles gibt, um Verwaltung, staatliche Strukturen und Infrastruktur fit für die Zukunft zu machen. Zweitens kommt mit dem Kohleausstieg eine weitere Baustelle hinzu, die eine neue Perspektive für Innovation und Aufbruch erfordert.

Dabei kommt die Großinvestition von Intel im Raum Magdeburg gerade richtig. „Dieses Investment bietet

„Sachsen-Anhalt muss innovative Köpfe anziehen“



Foto: AdobeStock©Janis

neue Dimensionen der wirtschaftlichen Entwicklung“, stellt Sirko Scheffler fest. Wichtig für seinen Landesverband im Wirtschaftsrat ist es jetzt, die Rahmenbedingungen gut auszuhandeln und die Synergieeffekte zu nutzen, die eine solche Chipfabrik mit sich bringt. Aber ganz perfekt ist natürlich auch diese Entwicklung nicht, findet der Unternehmer: „Das Beispiel Intel ist zwar toll für den Standort und seine Entwicklung, künftig muss aber das Land selbst so wirtschaftlich attraktiv werden, dass Unternehmen von sich heraus in Sachsen-Anhalt investieren und nicht nur wenn massive Subventionen gezahlt werden.“ Ein gutes Beispiel dafür sei der Papierhersteller UPM, der ganz ohne Subventionen für eine Milliarde Euro einen Standort in Merseburg aufbaut.

„Man muss Strukturen entwickeln, die zukunfts-gewandt sind und das wirtschaftliche Wachstum fördern.“

Um für kleine, mittlere wie auch große Unternehmen für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, ist es für den neuen Landesvorsitzenden ganz selbstverständlich, dass die Verwaltung in Sachsen-Anhalt digital neu aufgestellt wird. Dabei erwartet Sirko Scheffler massive Verbesserungen nicht nur für die Unternehmen, sondern auch für Bürger, die Sachsen-Anhalt für ihre Zukunft neu entdecken und als kluge Köpfe vielleicht eine neue Heimat in der Mitte Deutschlands finden.

Die Vorteile seines Landes liegen für Scheffler auf der Hand: Sachsen-Anhalt hat mit die größte Anzahl an Weltkulturerbestätten in ganz Deutschland. „Hier verbinden sich Tradition und Zukunft.“ Sein IT-Unternehmen sitzt nicht zufällig in Merseburg, wo mit Kaiserpfalz und Universität Innovation und Transformation bereits historisch zusammen angelegt sind.

„Infrastrukturell ist Sachsen-Anhalt phänomenal gut aufgestellt“, sagt Sirko Scheffler. In einigen Gegenden

des Landes ist die Anbindung regelrecht hervorragend. In Halle entsteht mit dem Zukunftszentrum „Deutsche Einheit“ ein Knotenpunkt für Züge, der bis zu eine Million Besucher am Tag abfertigen kann. Berlin, München und Frankfurt liegen jeweils nur wenige Stunden voneinander entfernt. Was jedoch fehlt, ist der Anschluss von Magdeburg an das Streckennetz der Bahn. Scheffler: „Hier gibt es dann doch noch Baustellen, denn Magdeburg ist die einzige Landeshauptstadt, die nicht via ICE erreichbar ist. Früher war das durchaus der Fall.“ Hier hofft der neue Landesvorsitzende jedoch auf Synergieeffekte und Aufbruchsignale aus der Ansiedelung von Intel

und wird auch weiter dafür werben, dass das Thema wieder auf die politische Tagesordnung kommt.

So kommt für Scheffler alles zusammen: Ein Land, in dem Tradition und Innovation Hand in Hand gehen und Infrastruktur beste Möglichkeiten für Unternehmen bietet. Für ihn geben starke Impulse den Takt einer immer neuen Begeisterung für den Fortschritt vor. Deshalb wird sich der Wirtschaftsrat in Sachsen-Anhalt mit seinem Engagement stark machen, für wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Land, die Investitionen ganz von alleine so attraktiv machen, dass am Wirtschaftsstandort kein Weg mehr vorbei führt. □

Foto: Jens Schicke



Sirko Scheffler

ist Geschäftsführer der brain-SCC GmbH, einem IT- und Medien-dienstleister für Länder, Landkreise und Kommunen. Sein Unternehmen verfügt über umfassende Kompetenzen bei der Umsetzung von Internetportalen, Geoinformationssystemen, E-Government-lösungen sowie mobilen Anwendungen. Für den Wirtschaftsrat engagiert sich Sirko Scheffler seit Mai 2023 im Bundesvorstand und seit Dezember 2023 als Vorsitzender seines sachsen-anhaltinischen Landesverbandes.

Rückblick Einblick Ausblick



Hamburg Politischer Lunch mit Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther

Im Angesicht der aktuellen Krisen forderte Daniel Günther, CDU-Landesvorsitzender und Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, einen Mentalitätswechsel in Deutschland und sprach sich dafür aus, den Menschen dies ehrlich zu sagen: „Jetzt wäre die Zeit, um den Leuten schonungslos und ehrlich zu sagen, dass wir in einer Situation sind, in der wir nicht in Lethargie verfallen dürfen. Zu glauben, dass nach den vielen Krisen wieder Normalität in Deutschland einziehen wird, ist eine völlige Illusion.“ Die derzeit geführten Diskussionen hätten nichts mehr mit den Herausforderungen zu tun.

Als Beispiel führte Daniel Günther etwa den Fach- und Arbeitskräftemangel an. Es könne niemand beiseitegelassen werden. Die Menschen müssten dazu gebracht werden, eine Arbeit aufzunehmen und dazu bereit sein, bis ins höhere Alter beruflich tätig zu sein. „Wir belügen uns mit Debatten, die wir über Renten führen, in die wir Steuergelder ohne Ende pumpen und alle miteinander wissen, dass wir eigentlich auf niemanden verzichten können“, erklärte er und ergänzte: „Wir reden die ganze Zeit über die 35-Stunden-Woche und die Vier-Tage-Woche und sind alle nur noch im Homeoffice unterwegs. Das ist alles schön und gut, aber glaubt jemand, wenn wir diese Mentalität nicht zu einem Wandel bringen, dass wir irgendwie die Herausforderungen der Zukunft bestehen werden?“ Es müsse auch mal wieder ausgesprochen werden, dass Leistung sich lohnt.



Foto: Wirtschaftsrat

Daniel Günther spricht beim Wirtschaftsrat in Hamburg



Sachsen Wirtschaftstag mit Ministerpräsident Michael Kretschmer MdL

Um mögliche Ansätze zur Wiederbelebung der wirtschaftlichen Dynamik zu diskutieren, hatte der Wirtschaftsrat in Sachsen zu seinem Wirtschaftstag „Sachsens wirtschaftspolitische Agenda?!“ Michael Kretschmer MdL, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen sowie Carsten Ellermeier, CEO der PRETTL Electronics Gruppe Radeberg eingeladen, die beide für „Klartext“ und „Weitblick“ stehen.

Der Ministerpräsident setzt klar auf Wachstum und Wettbewerb. Die Technologieoffenheit und die forschungsgetriebenen Innovationen seien unerlässlich für wirtschaftliche Prosperität. Die Technikbegeisterung sei bereits in der Vorschule zu wecken. Ferner wurde in Sachsen der „Meisterbonus“ verdoppelt, um auch das Handwerk zukunftssicher aufzustellen. Die Zuschüsse für die Sächsischen Hochschulen wurden in gemeinsamer Aktion mit



Foto: Christian Scholz

Der Landesverband – vertreten durch Carsten Ellermeier, Dr. Dirk Schröter und Dr. Dino Uhle – überreicht Ministerpräsident Michael Kretschmer ein Acht-Punkte-Programm als Empfehlung für die nächste Legislaturperiode.

Staatsminister Sebastian Gemkow gesichert. Die beiden Großforschungsinstitute DZA und CTC, gemeinsam mit dem für Bautzen geplanten Bauforschungszentrum, werden wichtige Anreize für Forscher und Unternehmer aus aller Welt setzen. Aber auch Autonomes Fahren, KI und Kälteforschung werden in Zukunft eine große Rolle in Sachsen spielen.

Starke Kritik an Bundesminister Habeck sowie augenöffnende Erkenntnisse hinsichtlich der Ansiedlung der Chip-Giganten Intel in Magdeburg sowie von TSMC in Dresden gingen von Carsten Ellermeier aus.

Der Wirtschaftsrat übergab außerdem Ministerpräsident Kretschmer offiziell sein „Acht-Punkte-Programm“ als Empfehlung für die Legislaturperiode. Dieses setzt klar auf Technologieoffenheit ohne ideologische Verfälschungen in der Energiepolitik, auf den Industriestandort Sachsen und Deutschland.



Baden-Württemberg

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai MdB liegen Unternehmen im Ländle am Herzen

Mehr als 300 geladene Gäste folgten der Einladung, um gemeinsam mit dem Generalsekretär der FDP, Bijan Djir-Sarai, über die aktuelle politische Situation sowie die wirtschaftliche Lage in Deutschland zu debattieren. Bevor jedoch der Ehrengast ans Mikrofon trat, eröffnete Joachim Rudolf, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrats Baden-Württemberg, die Veranstaltung und forderte die Bundesregierung dazu auf, endlich wieder zu einer bürger-nahen Politik zurückzukehren und den radikalen Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Nach einem Grußwort des Gastgebers, dem Office Managing Partner von Ernst & Young Stuttgart, Andreas Keim, durfte sich die illustre Gästeschar auf Bijan Djir-Sarai freuen. Dieser betonte, dass seiner Partei die zahl-reichen Unternehmen im Ländle besonders am Herzen



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Andreas Keim, Office Managing Partner von Ernst & Young Stuttgart, Bijan Djir-Sarai, Generalsekretär der FDP, Joachim Rudolf, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrats Baden-Württemberg

lägen. Auch sei sich die Ampel-Regierung der schwierigen ökonomischen Situation und den damit einhergehenden Herausforderungen für die Betriebe, die sich auf Grund der hohen Energiekosten teils gezwungen sehen würden, ihre Produktion ins Ausland zu verlagern, bewusst, und ziehe daher Maßnahmen in Erwägung, die heimische Wirtschaft zu entlasten. Daher erwarte er, dass die akute konjunktuelle Schrumpfung bald aufgehalten und das Ruder langfristig gesehen wieder herumgerissen werden könne.

High Fashion in „The Länd“ – Was macht HUGO BOSS erfolgreich?

Zum Jahresauftakt hatte die Sektion Reutlingen-Tübingen Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus des Landes Baden-Württemberg zu einem Impuls und einer Podiumsdiskussion mit Dr. Jan Wintjes, Senior Vice President Omnichannel bei HUGO BOSS in die HUGO BOSS AG in Metzingen eingeladen. Die Ministerin dankte der Hugo Boss AG für das Bekenntnis zum Standort Metzingen, der durch hervorragende Arbeitsbedingungen vorbildlich bei Gewinnung und Bindung von Fachkräften sei. Durch eine gute Unternehmenskultur sei es Hugo Boss gelungen, sich trotz herausforderndem Umfeld erfolgreich zu wandeln.



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Carolin Westermann, Leiterin Corporate Communications der HUGO BOSS AG; Dr. Jan Philipp Wintjes, Executive Vice President, Omnichannel der HUGO BOSS AG; Manuel Hailfinger MdL, Abgeordneter des Wahlkreises Hechingen-Münsingen; Michael Donth MdB, Abgeordneter des Wahlkreises Reutlingen; Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut MdL, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau des Landes Baden-Württemberg; Silke Kurz, Sprecherin WR Sektion Reutlingen-Tübingen und Geschäftsführende Gesellschafterin der Steuerberater- und Rechtsanwaltskanzlei Kurz; Joachim Rudolf, Landesvorsitzender des WR Baden-Württemberg und Geschäftsführer der Rudolf Lichtwerbung GmbH

Danach spannte die Ministerin den Bogen zur gesamtwirtschaftlichen Situation, die bei vielen Akteuren durch fehlende Risiko- und Entwicklungsbereitschaft gekennzeichnet sei. Deutschland habe ein starkes Fundament, aber die Rahmenbedingungen müssten stimmen. Hausgemachte Probleme wie Arbeits- und Energiekosten, Steuergestaltung und demographischer Wandel sollten zudem klar benannt werden, um Veränderungsdruck aufzubauen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit wieder zu verbessern.

Schleswig-Holstein

Frauen in der Wirtschaft – Diskussion mit Präsidentin Astrid Hamker



Die Rolle der Frau in der Wirtschaft ist ein Thema von großer gesellschaftlicher Bedeutung und Gegenstand fortlaufender Debatten. Dabei reicht die Bandbreite von der Unterrepräsentation in Führungspositionen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bis hin zu ungleichen Gehaltsstrukturen. Vor diesem Hintergrund organisierte der Wirtschaftsrat in Lübeck eine Veranstaltung mit dem Titel „Frauen in der Wirtschaft – Potenziale und Hemmnisse“. Auf dem Podium: Astrid Hamker, Wirtschaftsrat-Präsidentin, Friederike C. Kühn geschäftsführende Gesellschafterin



Foto: Wirtschaftsrat

v.l.n.r. Lisa Sachau, Geschäftsführerin der familiengeführten Teppich-Kibek GmbH, Johannes Kalläne, Sektionssprecher Lübeck, Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates, Friederike C. Kühn, Geschäftsführende Gesellschafterin MWS Werbeagentur GmbH

MWS Werbeagentur GmbH, und Lisa Sachau, Geschäftsführerin der familiengeführten Teppich-Kibek GmbH.

Astrid Hamker warb zu Beginn dafür, jene Frauen als Vorbilder zu sehen, die bereits eine hohe Position innehaben. Als Beispiele führte sie Angela Merkel und Ursula von der Leyen an. Sie sprach sich – wie auch die übrigen Referentinnen – gegen eine Frauenquote aus, da diese einer Frau ihre Qualifikationen absprechen würde. Als eines der größten Hemmnisse sieht sie die Kinderbetreuungsmöglichkeiten im gesamten Bundesgebiet und meldete erheblichen Nachholbedarf in diesem Bereich an.



Saarland

Bundesverfassungsrichter Peter Müller spricht auf dem Kaminabend

Auf dem traditionellen Kaminabend des Landesverbandes auf Schloss Saareck in Mettlach sprach Peter Müller, Ministerpräsident des Saarlandes a.D. und Richter des Bundesverfassungsgerichts zu „75 Jahre Grundgesetz – Deutschland in guter Verfassung?“ vor einem voll besetzten Saal über die deutschen demokratischen rechtsstaatlichen Prinzipien, die Verschuldung und den Zustand der deutschen Wirtschaft. Peter Müller hat am Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse mitgewirkt. Aus seiner Sicht erfüllt das oberste Gericht mit dieser Entscheidung seine Aufgabe, Hüter der Verfassung zu sein. Er konstatierte in seiner Rede eine „Erosion der rechtsstaatlichen Prinzipien, die unsere Demokratie ausmachen“ und ging auf die in Deutschland exponentiell steigende Verschuldung ein und die Mutation der EU zu einer Schuldenunion. Deutschland sei ein Absteigerland, so Müller. Das einzige Land in Europa, in dem das Brutto-sozialprodukt sinke.

Aus richterlicher Sicht nannte Peter Müller drei Punkte, die Deutschlands Situation verbessern können: Erstens die äußere Sicherheit. Zweitens die innere Sicherheit durch die konsequente Durchsetzung des Rechtsstaates. Drittens, sagte Müller „gelten Recht und Gesetz für die Regierenden und die Regierten“ gleichermaßen. „Der Rechtsstaat lässt keine Ausnahmen zu.“ Die Demokratie müsse sich verteidigen. Und: „Wir brauchen weniger Staat und weniger Bevormundung.“



Foto: Wirtschaftsrat

Impressionen der Mitgliederehrungen mit Hausherr Wendelin von Boch, Ehrenrechner Peter Müller, CDU Saar, Landesvorsitzendem Stephan Toscani und dem stellvertretenden Landesvorsitzenden des Wirtschaftsrates im Saarland Oliver Geis-Sändig



Nordrhein-Westfalen

Unionsfraktions-Vize Jens Spahn MdB spricht Klartext in Münster

Der Bundeskanzler? „Ist sowieso in seiner eigenen Welt.“ Robert Habeck? „Der grüne Klimaschutzminister wird dafür verantwortlich sein, dass die Kohlekraftwerke in Deutschland noch weit über das Jahr 2030 hinaus laufen werden.“ Und die Berliner Klimaschutzpolitik? „Grüne Planwirtschaft.“

Jens Spahn MdB sparte als Gast des Wirtschaftsrates in Münster im Rahmen des bundespolitischen Dialogs nicht mit Kritik an der amtierenden Bundesregierung. Wichtiger aber noch waren die Perspektiven, die der stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag aufzeigte. „Wir müssen raus aus der Untergangsstimmung“, warb er vor zahlreichen Zuhörern aus der Wirtschaft für einen Politikwechsel. Denn: „Eine Mehrheit der Bevölkerung in unserem Land will nicht das, was aktuell in Berlin entschieden wird.“

Jens Spahn umriss so etwas wie das 100-Tage-Programm einer unionsgeführten Bundesregierung: Einstieg in den Abbau der Bürokratie, steuerliche Anreize für den Hinzuverdienst von Rentnern und bei Mehrarbeit, echte



Foto: Ulrich Gunka

v.l.n.r. Gerald von der Gathen, Dr. Hugo Fiege, Dr. Stefan Nacke, Jens Spahn und Dr. Friedrich Helmert.

Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsprozessen, Grundsicherung statt Bürgergeld, Aussetzung des deutschen Lieferkettengesetzes. Jens Spahn: „Wir sind ein starkes Land, aber wir werden jetzt schlecht regiert.“ Dringend nötig sei eine „Verbesserung der Standortbedingungen“ und keine weiteren Förderprogramme. Der Schlüssel, um Deutschland aus der Rezession zu führen „liegt im Wachstum und in gesteigerter Produktivität“. Für die klare Analyse des Politikers gab es von den Zuhörern viel Applaus. Der frisch im Amt bestätigte Sektionssprecher des Wirtschaftsrates in Münster, Dr. Friedrich Helmert, führte durch die spannende Diskussion, an der sich die Mitglieder zahlreich beteiligten. Gastgeber des bundespolitischen Dialogs war die HLB Schumacher GmbH.



Hessen

Jahresempfang mit Thorsten Frei MdB

Auftakt des Jahresempfanges war die Keynote von Thorsten Frei, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. In Zeiten globaler Herausforderungen, insbesondere in der Ukraine und dem Nahen Osten, werde die Bedeutung demokratischer Prinzipien immer deutlicher. Thorsten Frei betonte: „Demokratie funktioniert nur mit Demokraten, die sich für die Werte unseres Landes einsetzen.“ Ebenfalls müsse Deutschland die realen Herausforderungen anerkennen. „Deutschland steht nicht gut da. Es benötigt eine ordentliche Analyse“, mahnte Frei. Eine Herausforderung ist die schleichende Deindustrialisierung, die viele Regionen trifft und Arbeitsplätze bedroht. Gleichzeitig erleben wir eine demografische Entwicklung, die neue Ansätze erfordert. „Wir müssen Potentiale nutzen“, so der Bundestagsabgeordnete, „mit noch mehr Work-Life-Balance und weniger Arbeit werden wir es nicht schaffen.“ Die Forderung, Fleiß zu belohnen, unterstreicht die Dringlichkeit, innovative Lösungen zu finden, um die Arbeitswelt und die Bevölkerungsentwicklung in Einklang zu bringen. Eine weitere Herausforderung ist die wachsende Bürokratie, die oft als Hindernis für Inno-

vation und Wachstum wahrgenommen wird. Frei betonte: „Die Politik macht die Ziele, aber der Weg zum Ziel sind die Bürger sowie Unternehmer. Da müssen wir unterstützen.“ Angesichts dieser Herausforderungen ist ein neuer Impuls erforderlich. Thorsten Frei sprach von „einem Ruck, der durchs Land gehen müsse“. „Dies ist möglich und notwendig“, betonte er, „aus einem ‚kranken Mann‘ wieder eine Zugmaschine zu machen.“ Deutschland trage die Kraft in sich, diesen Wandel zu vollziehen, doch diese Kraft müsse neu entfaltet werden.



Thorsten Frei MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Foto: Wirtschaftsrat

WirtschaftsratExklusiv ist mehr als nur ein Mitgliederausweis.

Freuen Sie sich auch in diesem Jahr
über vielfältige Angebote unserer
langjährigen Kooperationspartner:

- ▶ Coworking-Anbieter Mindspace
- ▶ Business-Clubs:
 - Airport Club Frankfurt
 - Industrie-Club Düsseldorf
 - ROTONDA Business Club Köln



Prof. Dr.

Max von Musterhausen

Nr. 12345

WirtschaftsratExklusiv 2024



Wir danken der Quirin Privatbank AG und ihrer digitalen
Tochter quirion AG für ihre freundliche Unterstützung.



Neugierig geworden?

Entdecken Sie alle Informationen auf unserer Website.



Thüringen

Podiumsdiskussion zur „Politischen Situation in Thüringen“ im Landtag

Der Landesverband Thüringen hatte zu einer Podiumsdiskussion mit Minister Bernhard Stengele (Grüne), Prof. Dr. Mario Voigt (CDU) und Thomas L. Kemmerich (FDP) in den Thüringer Landtag eingeladen. Über 70 Mitglieder, Gäste und Mandatsträger verfolgten den Schlagabtausch.

Landesvorsitzender Mihajlo Kolakovic eröffnete die Runde, die Themen wie den demografisch bedingten Arbeits- und Fachkräftemangel, Energiekosten und Entbürokratisierung sowie die digitale Verwaltung oder Mobilitätsangebote für Stadt und Land diskutierte, wobei die unterschiedlichen Positionen der drei Vertreter ihrer Partei deutlich wurden. Die Fragerunde mit dem Plenum war mehr als interessant und hochkarätig. Die SPD war auch eingeladen, doch leider musste Innenminister Georg Maier kurzfristig absagen.



v.l.n.r. Minister Bernhard Stengele (Grüne), Prof. Dr. Mario Voigt (CDU), Mihajlo Kolakovic, Landesvorsitzender des Wirtschaftsrates in Thüringen und Thomas L. Kemmerich (FDP)

Foto: Wirtschaftsrat

Niedersachsen

David McAllister MdEP: Wir brauchen ein starkes Europa!



„Die Europawahl ist eine Richtungswahl und entscheidet über die Zukunft unseres Kontinents.“ Mit diesen Worten eröffnete David McAllister MdEP die Veranstaltung und sprach sich für eine große, starke und handlungsfähige Europäische Union (EU) aus. Insbesondere der Binnenhandel und die Zollunion seien entscheidend für den gemeinsamen Wohlstand.

McAllister übte offene Kritik an Stimmen, die einen EU-Austritt Deutschlands fordern, und verwies auf den Brexit, der heute von der Mehrheit der Briten bedauert werde. Anstatt einen EU-Austritt anzustreben, sei es wichtiger, die EU in jeglicher Hinsicht zu verbessern. Die primären Handlungsbereiche stellten dabei die Migration, die Wirtschaft, der Klimaschutz sowie die innere und äußere Sicherheit dar.

Aber nicht jedes Thema sollte im Aufgabenbereich der EU liegen. Er kritisierte die Überregulierung, die insbesondere kleinere Unternehmen belastet, und forderte Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit. Mit Blick auf die Zukunft sieht McAllister drei wichtige große Themen für Europa: Sicherheit, Wohlstand und Freiheit.



David McAllister zu Gast beim Wirtschaftsrat in Hannover

Foto: Wirtschaftsrat

Impressum

Herausgeber:

Astrid Hamker, Präsidentin, für den Wirtschaftsrat der CDU e.V.

Redaktion:

Klaus-Hubert Fugger, Chefredakteur / Katja Sandscheper, Redakteurin

Wissenschaftliche Beratung:

Simon Steinbrück

Gemeinsame Postanschrift:

Redaktion Trend
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-300/301, Telefax 030/24087-305
Internet: www.trend-zeitschrift.de
E-Mail: pressestelle@wirtschaftsrat.de

Projektleitung:

Information für die Wirtschaft GmbH

Geschäftsführer:

Iris Hund
Klaus-Hubert Fugger (v.i.S.d.P.)
Luisenstraße 44, 10117 Berlin
Telefon 030/24087-401, Telefax 030/24087-405

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG/Bonn, 3105590 (BLZ 380 700 59)
IBAN: DE84 3807 0059 0310 5590 00, BIC: DEUTDE3308

Verlag:

Information für die Wirtschaft GmbH

Anzeigenkontakt:

Katja Sandscheper, Telefon 030/24087-301

Gesamtherstellung:

Meinders & Elstermann GmbH & Co. KG
Weberstraße 7, 49191 Belm
Telefon 05406/808-0

Erscheinungsweise:

quartalsweise

Anzeigenpreise:

Zurzeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 17

Bestellungen:

Beim Verlag

Bezugsbedingungen:

Einzelpreis 7,50 Euro (einschl. MwSt.) Jahresabonnement 25,- Euro (einschl. MwSt.), zzgl. Versandkosten. Abonnements (vier Ausgaben) werden für ein Jahr berechnet. Kündigungen müssen sechs Wochen vor Ablauf des Abonnements schriftlich vorliegen, andernfalls verlängert es sich für ein weiteres Jahr.



Im Spiegel der Medien

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 06.02.2024

„Deutschland hat sich in der Energiepolitik verzettelt“, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger gegenüber der Zeitung.

Ein Konzept sei nötig, das Marktwirtschaft und **Klimaschutz** verbindet sowie Wettbewerb und Technologieoffenheit.

In der **Süddeutschen Zeitung** am 08.02.2024

„Momentan ist nicht der richtige Zeitpunkt für Gedankenspiele zu **Koalitionen**“, warnte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrats. Die Union solle sich jetzt vor allem auf ihre Stärken konzentrieren. Hier sei noch Luft nach oben.

WirtschaftsWoche am 18.02.2024

„Wollen wir dem Vertrauensverlust entgegenwirken, heißt es die Rahmenbedingungen für einen starken **Wirtschaftsstandort** wieder in den Mittelpunkt der politischen Debatte rücken. Viele unserer Unternehmen gehören in ihren Industrien zu den besten der Welt. Wir müssen ihnen nicht erklären, wie sie innovativ und wettbewerbsfähig sind, und welche Technologie sie morgen brauchen“, schrieb Wirtschaftsrats-Präsidentin Astrid Hamker in einem Gastbeitrag.

Tagesspiegel am 02.03.2024

Wirtschaftsrats-Generalsekretär Wolfgang Steiger sagte dem Tagesspiegel, es sei ein „Anschlag auf die **Generationengerechtigkeit**“, das Rentenniveau bei 48 Prozent zu fixieren. Er fordert, Mütterrente, Grundrente sowie die vorgezogene Rente nach 45 Beitragsjahren abzuschaffen.

dpa am 04.03.2024

Kritik kommt indes vom Wirtschaftsrat. Die neuen Regeln bei **Verpackungen** werde Unternehmen vor kaum lösbare Probleme stellen, sagte Generalsekretär Wolfgang Steiger. Auch für Verbraucher werde die Verordnung unerfreuliche Folgen haben. Die steigenden Preise für Umverpackungen werden an den Supermarktkassen deutlich zu spüren sein.

Bild am 05.03.2024

„Herr Weselsky nimmt für die völlig überzogenen Forderungen seiner Gewerkschaft das gesamte Land in Geiselschaft. Selbst auf äußerst großzügige Angebote wie die 36,5-Stunden-Woche will er nicht mehr eingehen. Es stellt sich die Frage, wozu es überhaupt Verhandlungen geben soll“, verurteilte Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrates die **Streiks** der Gewerkschaft GDL.

Frankfurter Allgemeine Zeitung am 30.03.2024

„Die Länder sollten sich gesammelt hinter die **Schuldenbremse** stellen. Eine solide Ausgabenpolitik gepaart mit der Rückbesinnung auf die Soziale Marktwirtschaft steht nicht nur für Glaubwürdigkeit, Generationengerechtigkeit und auf Dauer ein höheres Wirtschaftswachstum – sie eröffnet auch politische Handlungsspielräume“, betonte Wolfgang Steiger, Generalsekretär des Wirtschaftsrates, in einem Namensartikel.

In der **Welt am Sonntag** am 30.03.2024

„Die geplante Stilllegung und der sukzessive Rückbau der **Gasnetze** können zu einer Kostenfalle für Verbraucher und energieintensive Industrie gleichermaßen werden“, warnt der Generalsekretär Wolfgang Steiger. „Hier versucht das Bundeswirtschaftsministerium erneut, das Kind mit dem Bade auszuschütten und den zweiten Schritt vor dem ersten zu gehen.“

Main-Post am 03.04.2024

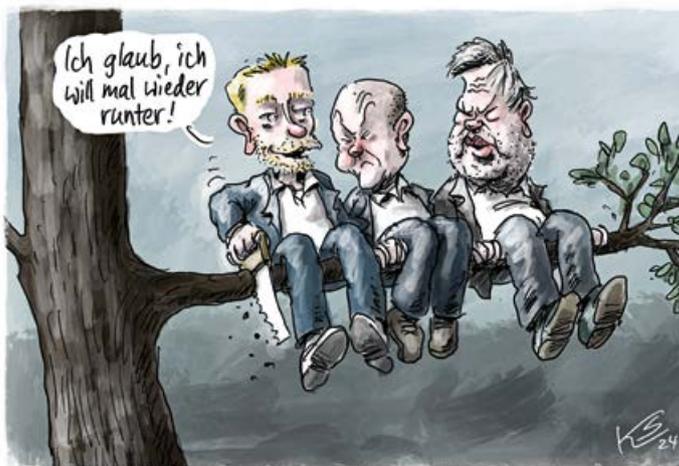
Nach Einschätzung des Wirtschaftsrates hat Deutschland „insgesamt einen größeren Spielraum für **Steuersenkungen** als in der politischen Debatte wahrgenommen wird“. Bei Rekordsteuereinnahmen von 916 Milliarden Euro gebe es kein Einnahme-, sondern ein Ausgabenproblem. Der Bund müsse endlich seine Ausgaben priorisieren.

Energate Messenger am 10.04.2024

Europa muss im **Standortwettbewerb** mit anderen Weltregionen auf weniger komplexe Vorgaben für Unternehmen setzen. Das fordert Wolfgang Steiger im Interview. Darin äußerte er sich auch zu den zuletzt gesunkenen Energiepreisen und zur Kraftwerksstrategie.

FOCUS am 19.04.2024

Astrid Hamker, Präsidentin des Wirtschaftsrats, positionierte sich klar gegen die Vier-Tage-Woche. Eine solche könne sich Deutschland nicht leisten. „Wir müssen zur **Leistungsgesellschaft** zurück.“





20

Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum nahm die Zahl der **Erstanträge von Asylsuchenden** im ersten Vierteljahr um fast 20 Prozent ab. Innenministerin Faeser begründet das unter anderem mit Grenzkontrollen.

Quelle: Tagesschau



19

Der deutsche **Investmentmarkt für Immobilien** ist verhalten ins Jahr 2024 gestartet und verbucht nach dem ersten Quartal ein Transaktionsvolumen von 6,3 Milliarden Euro. Das ist weiterhin sehr schwach und liegt 19 Prozent unter dem Ergebnis des Vorjahres.

Quelle: JLL Jones Lang Lasalle Inc.



3

In den letzten zehn Jahren gehörten die **Strompreise in Deutschland** zu den dritthöchsten in Europa und zählen zu den weltweiten Spitzenreitern. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Quelle: Statistisches Bundesamt



4,5

Im März 2024 betrug die **Steuereinnahmen** – ohne reine Gemeindesteuern – in Deutschland rund 77,6 Milliarden Euro. Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Steuereinnahmen um rund 4,5 Prozent.

Quelle: Statistisches Bundesamt



2,2

Im April 2024 beträgt die aktuelle **Inflationsrate** 2,2 % und erreicht damit im Jahr 2024 den niedrigsten Wert.

Quelle: Statistisches Bundesamt



19,8

Im April 2024 sind die **Zulassungen für Pkw** um 19,8 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat markant angestiegen. Während die Neuzulassungen von Elektrofahrzeugen leicht um 0,2 Prozent zurückgingen, erlebten Hybridfahrzeuge mit plus 28,4 Prozent eine deutliche Steigerung. Auch Benziner mit plus 18,6 Prozent und Dieselfahrzeuge mit einem plus von 28,8 Prozent zeigten signifikante Zuwächse.

Quelle: Kraftfahrtbundesamt



4,57

Zum 1. Juli 2024 wird eine **Rentenerhöhung** von 4,57 Prozent wirksam, wodurch der Rentenwert von 37,60 Euro auf 39,32 Euro ansteigt. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, dass der etablierte gesetzliche Rahmen weiterhin Bestand hat und nicht für politische Zwecke instrumentalisiert wird.

Quelle: Deutsche Rentenversicherung

Zahlen des Quartals

Mindestlohn und Rente unendlich

Nichts ist so vorhersagbar wie SPD, Grüne, Linke und jetzt auch die Wagenknecht-Partei BSW im Wahlkampf-Modus. Alle vier Parteien versprechen, versprechen und versprechen. Auf den Überbietungswettbewerb beim Mindestlohn, werden üppige Bürgergeld-Erhöhen, Kindergrundsicherung, Mietpreisbremsen und Rentenversprechen aufgesattelt, die nicht nur aus den aktuellen Haushalten unfinanzierbar sind, sondern auch durch die junge Generation in Zukunft nicht tragbar sind.

Am Ende kommt es nach Koalitionsverhandlungen nie so ganz wie gefordert, besänftigen vernünftigerer Vertreter aus den genannten Parteien. Doch wie die Ampel beim jüngst beschlossenen Rentenpaket gezeigt hat, müssen sie ihren linken Flügeln „Futter geben“, damit sie anderswo stillhalten. Schaufenster-Politik wie die SPD-Forderung nach einer Mietpreisbremse erweitert auf den Neubau, zerstört jeden Anreiz, dringend benötigte Wohnungen zu errichten. Egal. Schimpfen kann man danach über die bösen privaten Wohnungskonzerne, die angeblich ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nicht nachkommen. Das Muster ist in der Politik weitverbreitet: Schuld sind immer die anderen.



Ihr Spindoktor

Besinnt Euch!*

* Die Diskussion über Glücksspielregulierung mutiert zunehmend zum Kulturkampf. Antiquierte ideologische Positionen negieren das menschliche Spielbedürfnis und problematisieren das Freizeitverhalten von Millionen Bürgerinnen und Bürgern. So werden die Ziele des Glücksspielstaatsvertrages – Kanalisierung des Spielbedürfnisses in legale Bahnen und Spielerschutz – nicht erreicht. Größter Profiteur derzeit: das illegale Angebot und die Organisierte Kriminalität. Staatlich konzessionierte Anbieter, deren Beschäftigte sowie Kundinnen und Kunden werden gegängelt und der Spielerschutz bleibt auf der Strecke.

www.admiral-games.de

Mit rund 430 Standorten gehört ADMIRAL zu den erfolgreichsten Spielhallenfilialisten Deutschlands und steht für ein legales, staatlich konzessioniertes Glücksspielangebot auf höchstem Niveau.

ADMIRAL



Jetzt
attraktiv für
Fachkräfte
werden!

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Ihr PLUS auf dem Arbeitsmarkt.

Unsere betriebliche Krankenversicherung für Mitarbeitende.

Eine betriebliche Krankenversicherung von SIGNAL IDUNA kann für Ihr Unternehmen einen großen Unterschied machen. Investieren Sie in die Gesundheit Ihrer Mitarbeitenden mit Vorteilen für beide Seiten. Überzeugen Sie sich von unseren Leistungen.

signal-iduna.de/bkv+